Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat im Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13353, Emil Schlegel Gesellschaft, Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Sonnabend, den 19. Februar 1927 — Nummer 42

Metallarbeiter-Aussperrung

150 000 Metallarbeiter auf das Pflaster geworfen

Beginn der Aussperrung heute mittag

Die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs abgelehnt

Aussperrung!

Proletarische Einheitsfront
Kampf um die 46-Stundenwoche die Antwort der Arbeiter.

Dresden, den 19. Februar 1927.

K.K. Die Metallindustriellen werfen heute 150 000 Metallarbeiter auf die Straße. Brutal provozieren die Unternehmer die Arbeiterschaft. Ueberall sind die Arbeiter in Bewegung gekommen, in Mitteldeutschland, im Süden, in Berlin, neben den Metallarbeitern kämpfen die Textilarbeiter, die Fabrikarbeiter, die Bürgarbeiter bereiten sich zum Beginn des Kampfes vor. Immer entschlossener klingen die Forderungen, heraus nach acht Stunden aus den Betrieben, das ist die Parole, die überall aufgestellt wird. Der von einzelnen Gruppen der Arbeiter aufgenommene Kampf gegen die Unternehmerfrechheit gewinnt nicht nur die Sympathie der breitesten Massen, sondern zieht immer breitere Massen hinein in den Kampf. Die deutsche Arbeiterschaft beginnt, sich im großen Maße aufzulehnen gegen die Schwitzarbeit am fließenden Band. Die Arbeiterschaft begreift aus den Erfahrungen, daß, je mehr sie arbeitet, um so höher steigen zwar die Gewinne der Kapitalisten, doch die Lage der Arbeiter verschlechtert sich immer mehr, daß Herr der Erwerbslosen wächst. Lange haben betört und irre geleitet die deutschen Arbeiter diese gekennzeichnete Ausbeutung getragen, in der Hoffnung, daß, wenn sie ihre ganze Kraft hergeben, sie wieder, wie ihnen ihre reformistischen Führer das versprochen, bessere Zeiten bekommen werden.

Jetzt erkennen die Arbeiter, daß alle Schwitzarbeit sinnlos ist, daß ihre Lage sich nicht verbessert, sondern immer verschlechtert. Jetzt entschließen sie sich aller Orten zum Kampf, dieser Kampf, der zu einer breiten Massenbewegung zu werden verspricht, der eine breite Massenbewegung der Arbeiter wäre, wären die Gewerkschaften Kampforganisationen, soll durch die Aussperrung in Sachsen zerschlagen werden. Das ist der eigentliche Sinn der Ablehnung des Schiedsspruches durch das Reichsarbeitsministerium. Die reaktionäre Bürgerblockregierung hat den Schiedsspruch keineswegs deswegen abgelehnt, weil sie arbeiterfreundlicher wäre wie der sozialdemokratische Schlichter Brandt. Hier handelt es sich um ein bewußtes Zusammenarbeiten. Wollte die Reichsregierung den Kampf vermeiden, dann hätte sie es sicherlich vermocht, die Industriellen dazu zu bewegen, auf ein Kompromiß einzugehen, das den Gewerkschaftsbürokraten, deren ganzes Streben darauf gerichtet war, nicht in einen Kampf hineinzukommen, ungeheuer erschienen, was sie vor den Arbeitern verantworten konnten. Aber die Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung hat einen anderen Sinn. Hier sollen zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden. Der Reichsarbeitsminister Brauns hat schon oft genug gezeigt, daß er die reaktionärsten Schiedssprüche für die besten hält. Das bestätigen die Leipziger Neuesten Nachrichten, die heute zu der Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung folgendes schreiben:

„Es ist unseres Wissens seit langer Zeit das erstemal, daß vom Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruches abgelehnt worden ist. Die Haltung des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns ist um so unverständlicher, als erst noch vor kurzem Schiedssprüche, die für die Arbeitnehmer weniger günstig lauteten, seine Zustimmung gefunden haben. Bei den Arbeitszeitstreitigkeiten in der ost- und westsächsischen Textilindustrie sind nämlich Schiedssprüche gefällt und für verbindlich erklärt worden, auf Grund deren die Arbeitgeber bis zu 5 Stunden Ueberarbeit beanspruchen konnten, und dafür einen Zuschlag von 5 Prozent zu den vereinbarten Stundenlöhnen zu zahlen haben. Der Schiedsspruch für die Leipziger Metallindustrie sieht gleichfalls eine Zulassung von Ueberarbeit bis zu 53 Stunden Gesamtarbeitszeit vor, verpflichtet aber zu einem Zuschlag von 10 Prozent zu den vereinbarten Stundenlöhnen. Die Metallarbeiter würden also bei einer Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches besser abgeschnitten haben als die Textilarbeiter. Um so schwerer verständlich ist der ablehnende Standpunkt des Reichsarbeitsministers."

Also Brauns kann auch anders. Bei den Textilindustriearbeitern fällte er einen Schiedsspruch, welcher für diese Arbeiter schlechtere Bedingungen festlegte. Aber die Textilarbeiter sind für die imperialistischen Pläne der deutschen Kapitalisten, sowie auch für den Kampf der gesamten deutschen Arbeiterschaft gegen die Ausbeuter nicht eine solche wichtige entscheidende Gruppe wie die Metallarbeiter. Mit der Ablehnung dieses Schiedsspruches soll erstens die Arbeiterschaft über den reaktionären Charakter dieser Regierung hinweggetäuscht werden. Die Marx-Keudell-Regierung nimmt die Gelegenheit — um der wichtigsten Arbeitergruppe Deutschlands zu zeigen, daß sie der Arbeiterschaft doch nicht so feindlich gegenüberstehe, wie dies von den Kommunisten gesagt werde. In Wirklichkeit aber will man den Kampf um die Niederlage der Arbeiter herbeiführen, um durch die Niederwerfung der sächsischen Metallarbeiter den Kampfwillen der Arbeiter in ganz Deutschland zu vernichten.

Bei der Anerkennung des Schiedsspruches, da würde es unter Umständen den Gewerkschaftsbürokraten gelingen, die Arbeiter wieder in die Betriebe zu bringen, aber der kochende Groll, die Kampfentschlossenheit der Arbeiter würde wachsen. Bei den demnächst ablaufenden Tarifverträgen würde der Kampf im stärkeren Maße aufflackern. Das soll vermieden werden. Die Arbeiter sollen jetzt abgekämpft werden, damit gegen die besiegte Arbeiterschaft die Marx-Keudell-Regierung um so brutaler vorzugehen vermag. Ueber diesen Sinn der Entscheidung darf nicht der geringste Zweifel bestehen. Die Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung soll also zweierlei bezwecken, Täuschung über den Charakter der arbeiterfeindlichen Reichsregierung und Niederwerfung der Arbeiter auf der ganzen Linie, um die Besiegten rücksichtslos an den Karren der Kapitalisten zu schmieden. Dieses Ziel muß die Arbeiterschaft durchkreuzen.

Die gesamte Arbeiterschaft muß wissen, hier geht es nicht nur um einen Teilzug, sondern hier geht es um einen Kampf, der für das gesamte deutsche Proletariat für die nächste Zeit entscheidend sein kann. Die Arbeiterschaft muß die Initiative haben und den Kampf zu einem entscheidenden gestalten. Die Gewerkschaftsbürokraten wollen auch jetzt diesem Kampf wieder ausweichen, sie bieten den Unternehmern erneut Verhandlungen an. Jetzt gilt aber kein Verhandeln, jetzt gilt die Tat. Die Leipziger Metallarbeiter sind zu dieser Tat bereit, auch die Metallarbeiter Mitteldeutschlands erklären ihre Kampfbereitschaft. Sachsens Metallarbeiter fliegen heute auf die Straße, die Belohnung für die Ueberarbeit, der Erfolg der Gewerkschaftstaktik, der Arbeitsgemeinschaftspolitik, ist die Aussperrung. Die Arbeiter nehmen den Kampf auf. Am 31. März läuft der Tarifvertrag für die Dresdner Metallindustrie ab.

Jetzt ist dieser Tarif erledigt. Auf die Forderung der Unternehmer nach der 53-Stundenwoche müssen die Arbeiter antworten mit dem Kampf um die Erhöhung der Löhne. Auf keinen Fall darf jetzt ein faules Kompromiß geschlossen werden. Der Sieg der Arbeiter ist zu erringen, wenn die Arbeiterschaft sich einig und geschlossen zu einem ehrlichen Kampfbündnis vereinigen wird. Die Gewerkschaftsbürokratie hat auch jetzt noch alles getan, anstatt die Einigkeit der Arbeiter zu fördern, diese Einigkeit zu stören, anstelle eines Aufrufs zum Kampfe gegen die Kapitalisten, brachten die Gewerkschaften in geradezu leichtfertiger, verbrecherischer Weise ein Flugblatt gegen die Nichtorganisierten Arbeitskollegen heraus. Anstatt Kampf gegen den Unternehmer und Werbung der Kameraden, lautete die Parole der Dresdner Gewerkschaftsbürokraten Kampf gegen die Arbeitskollegen. Jetzt aber gilt es zusammenzustehen. Jetzt muß der geschlossene Kampf aufgenommen werden. Der Unternehmer erhebt die Faust gegen alle, alle müssen sie gegen die Unternehmer stehen. Die Unternehmer sperren aus. Die Betriebe dürfen nicht eher wieder betreten werden, bis der Achtstundentag erkämpft, die Löhne erhöht sind.

Kampf auf der breitesten Basis das ist jetzt die Vorbedingung zum Siege. Sofort muß die gesamte Arbeiterschaft hinter die Metallarbeiter treten, schon müssen Sammelaktionen durch die Gewerkschaften eingerichtet werden.

Berlin, 19. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Nach zweitägigen Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium wurde gestern die von den sächsischen Metallindustriellen beantragte Verbindlichkeitserklärung der 53-Stundenwoche für die Leipziger Metallindustrie abgelehnt.

•

Die Vereinigung der sächsischen Metallindustriellen hat gestern in Chemnitz eine Sitzung abgehalten und beschlossen, die Metallarbeiter in Chemnitz, Zwickau, Plauen usw. heute mittag mit Arbeitsschluß auszusperren. Von der Aussperrung werden 150 000 Arbeiter betroffen.

•

Die Verhandlungen im Arbeitsministerium verliefen nach zwei Tagen Dauer ergebnislos. Der Kampf auf der ganzen Linie muß also jetzt entbrennen. Durch die schwächliche und feige Haltung der Gewerkschaftsbürokratie befindet sich das Unternehmertum jetzt im Angriff. Man ließ die Lage des Leipziger Kampfes von den Gewerkschaftsbürokraten vorbeistreichen, ohne daß genügend ernst und eingehend die Vorbereitungen zu einer Ausdehnung des Kampfes getroffen wurden. Zu einem Angriff der Arbeiter überzugehen, lehnten die Bürokraten von Anfang an ab. Mit einer geradezu sträflichen Methode wurden die Metallarbeiter über den Ernst der Lage hinweggetäuscht. Die Gewerkschaftsbürokratie glaubte, entweder durch eine kleine Verständigung mit den Unternehmern den Arbeitern die Notwendigkeit der Weiterarbeit klarmachen zu können, oder sie rechnete mit einer Verbindlichkeitserklärung auf Grund deren sie die unbedingte Notwendigkeit der Unterwerfung begründen konnte.

Durch dieses Verhalten befinden sich die Unternehmer seit Anbeginn des Kampfes auf der ganzen Linie im Angriff. Schon bei den ersten Verhandlungen waren die Gewerkschaftsführer zu einem Kompromiß weit über die 48-Stundenwoche hinaus bereit. Sie boten die 48-Stundenwoche als nominelle Bestimmung an, jedoch sollte darüber hinaus der Unternehmer berechtigt sein, 3 Ueberstunden mit 10 Prozent Zuschlag arbeiten zu lassen. Das bedeutete praktisch die 51-Stundenwoche annehmen. In Anbetracht der riesigen Erwerbslosigkeit der Metallarbeiter war das schon ein untragbares Entgegenkommen. Da das auch noch von den Industriellen abgelehnt wurde, beschlossen die Arbeiter mit 86 Prozent Mehrheit in den Streik zu treten.

Dann wurde nichts unternommen, um diesen Kampf auszudehnen, ihn zu einem wuchtigen Angriff der Arbeiter zu gestalten.

Jetzt zwingt die Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches, — über die Gründe hierzu schreiben wir an anderer Stelle — dazu, den Kampf aufzunehmen, jetzt gilt es einen wuchtigen Gegenangriff einzuleiten. Nicht nur die sächsischen Metallarbeiter dürfen im Kampf verbleiben.

Die mitteldeutschen Metallarbeiter, denen ein gleicher Schiedsspruch aufoktroiert wurde, müssen mit dem Kampf auf der ganzen Linie antworten. Das Eingreifen der gesamten deutschen Metallarbeiterschaft muß vorbereitet werden. Er ist ein Kampf um die Grundrechte der Arbeiter, der Kampf um den Achtstundentag, um Arbeit für die Erwerbslosen.

Die gesamte Arbeiterschaft wird diesen Kampf mit Sympathie begrüßen. Ihre aktive Unterstützung muß ebenfalls vorbereitet werden.

Auf die Aussperrung der Unternehmer muß die Antwort der Arbeiter, der entschlossene

Kampf um die 46-Stundenwoche

sein.

Neue Verhandlungen

Das Arbeitsministerium hat Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Metallindustrie erneut zu Verhandlungen über die Arbeitszeitfrage auf Montag, den 21. Februar nach Dresden eingeladen.

Das Arbeitsministerium hat sich ferner bemüht, auf die Arbeitgeber einzuwirken, daß die angedrohte Aussperrung einstweilen unterbleibt. Beide Parteien haben ihr Erscheinen zu den neuen Verhandlungen zugesagt.

Metallarbeiter Dresdens u. Umg.

Sonntag, den 20. Februar, 9 Uhr vormittags

wichtige Fraktionssitzung

im Brandenburger Hof, Berliner, Ecke Peterstraße.

Stellungnahme der Metallarbeiter zur Aussperrung

Kein Mitglied darf fehlen. Die hochgespannte Situation muß alle Parteigenossen auf dem Posten finden.

Die Delegierten zum UB-Tag, die Metallarbeiter sind, müssen zuerst in dieser Tagung erscheinen.

Als Ausweis Parteibuch mitbringen.

Die Fraktionsleitung.

die jeden unterstützen, der sich am Kampfe beteiligt, der mit durchhält

Gleichzeitig gilt es dabei, eine große Werbetätigkeit für die restlose Aufnahme aller Metallarbeiter in den Verband vorzunehmen.

Wirkliche proletarische Einheitsfront im Kampfe wird zum Siege führen. Sofort müssen die Arbeiter der Betriebe zusammentreten und zu der Lage Stellung nehmen.

Nieder mit dem Terror der Unternehmer, es lebe der Kampf

um den Achtstundentag

um Lohnerhöhung.

Die Leipziger und Chemnitzer Gewerkschaftsfunktionäre mit den Metallarbeitern solidarisch

Fort mit Haack, Brandt und Panoscha!

Die Leipziger Gewerkschaftsfunktionäre nahmen Stellung zum Kampf in der Metallindustrie. Besonders wurde betont, daß der Kampf der Metallarbeiter über die Grenzen eines Berufskampfes hinausgehe und einen Kampf der ganzen Arbeiterklasse darstelle. Sie sprachen den Metallarbeitern vollste Sympathie aus und versicherten sie ihrer restlosen Unterstützung.

Die Generalversammlung des Ortsausschusses Chemnitz des ADGB nahm eine Entschließung an, in der den Leipziger Metallarbeitern die vollste Sympathie ausgesprochen wird. Ferner wird in der Entschließung vom Bundesvorstand des ADGB gefordert, daß dieser sich für die Absetzung der drei sächsischen Schlichter Haack, Brandt und Panoscha einsetzt.

Die Hirtsiefer-Verordnung bleibt bestehen

Sämtliche bürgerlichen Parteien in Hausbesitzerfront.

Berlin, 19. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Im Preußischen Landtag wurde gestern nach einem beispiellosen brutalen Kampf der kommunistische Antrag, der die Aufhebung der Hirtsiefer-Verordnung forderte, mit 222 Stimmen gegen 142 Stimmen abgelehnt. Für die Aufhebung stimmten nur die Kommunisten und Sozialdemokraten. Darauf wurde unter dem Druck der Kommunisten und empörten Mieterdelegationen an die Regierung ein Antrag angenommen, der besagt, daß das Inkrafttreten der Hirtsiefer-Verordnung bis zum 30. September verschoben werden soll. Aber schon läßt der Wohlfahrtsminister Hirtsiefer in der Presse erklären, daß er trotz dieses Ergebnisses der Abstimmung auf der sofortigen Durchführung bestehe. Das ist eine unerhörte Durchkreuzung bei der Durchführung eines Landtagsbeschlusses, auf die entsprechend geantwortet werden muß.

Die Sympathie der Massen bei der KPD

Berlin, 19. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern fanden in Berlin Massenversammlungen statt zur Eröffnung des Parteitages der Kommunistischen Partei Bezirk Berlin-Brandenburg, die sich zu einem imposanten Aufmarsch der Berliner Arbeiterschaft gestalteten. Die Kundgebungen galten zugleich den Ereignissen in China und wurden zu Massensolidaritätskundgebungen für die um ihre Freiheit kämpfenden chinesischen Arbeiter und Bauern.

Auslandswochenschau

Die Abrüstungsaktion Coolidges — Frankreichs Marinepläne gegen England — Die ersten englischen Truppen in Schanghai — „Hände weg von China!" — Der Bruch zwischen Deutschland und Polen.

AR. Die Aktion des Präsidenten Coolidge für die Abrüstung zur See ist ein innerpolitisches Manöver. Coolidge will seine Partei ins ein gutes Licht setzen, um die amerikanischen Wahlen des Jahres 1928 zu beeinflussen. Er will als der Friedensstifter und Mann der Abrüstung vor den Massen gelten. Selbstverständlich hätte Coolidge auch in der Sache nichts dagegen, wenn sein Vorschlag von den beteiligten Mächten angenommen würde. Nicht aus Friedensliebe, sondern um Geld zu sparen. Es kann für die amerikanischen Kapitalisten gleichgültig sein, ob sie die Ueberlegenheit zur See durch Wettrüsten erzwingen oder durch ein freiwilliges Uebereinkommen gesichert erhalten. Das berühmte Washingtoner Abkommen legt ein bestimmtes Verhältnis fest, das zwischen der Stärke der Panzerflotten Amerikas, Englands, Japans, Frankreichs und Italiens herrschen soll. England mußte damals den Amerikanern zugestehen, daß sie ebensoviele Panzerschiffe haben sollten, wie Großbritannien selbst. Die Washingtoner Verständigung erstreckte sich aber nicht auf die übrigen Schiffsgattungen, auf Kreuzer, Torpedoboote, U-Boote und Marineflugzeuge. Wenn Amerika auch in diesen Waffengattungen ein Uebereinkommen erzielen könnte, wodurch die amerikanische Flotte die stärkste bleibt, wäre es ein nützliches Resultat. England hat schon längst die Hoffnung aufgegeben, mit Amerika gewaltsam konkurrieren zu können. England wäre also bereit, den amerikanischen Wunsch zu erfüllen. Die japanische Regierung würde alles unterschreiben, was man von ihr verlangt, aber zur selben Zeit insgeheim soviel Kriegsschiffe bauen, wie es ihr beliebt. In Japan ist die Geheimhaltung aller staatlichen und militärischen Dinge so gut organisiert, daß kein Fremder eine ernsthafte Kontrolle ausüben könnte. Die Leidtragenden bei der Durchführung des Vorschlages von Coolidge wären aber Frankreich und Italien.

*

Die französische herrschende Klasse hält eine kriegerische Auseinandersetzung mit England in näherer oder weiterer Zukunft für durchaus möglich. Für eine solche Situation bereitet sich Frankreich trotz der Entente, trotz des Völkerbundes vor. Bei einem Zukunftskrieg mit England würde Frankreich sich in erster Linie auf U-Boote und Flugzeuge stützen, um den englischen Seehandel lahmzulegen. Wenn Frankreich gezwungen würde, auf den weiteren Ausbau der U-Boot- und Luftwaffe zu verzichten, so wäre das ein großer Erfolg Englands. So ist es leicht verständlich, warum England die Anregung Coolidges sympathisch aufnahm, aber Frankreich energisch ablehnte. Ebenso ist Mussolini gegen den Vorschlag Amerikas, denn die imperialistischen Pläne Italiens erfordern eine ständige Verstärkung des Landheeres und der Seemacht. Würde Italien gezwungen, sein jetziges militärisches Stärkeverhältnis zu den übrigen Mächten zu verewigen, so wäre das der Verzicht auf die faschistischen Zukunftsträume. Irgendeine Verschiebung im Verhältnis der Großmächte zueinander dürfte durch den Schritt Coolidges nicht eintreten. Das Verhältnis Englands zu Italien wird dadurch nicht geändert, daß beide Mächte zu der amerikanischen Regierung verschieden stehen. Was die Engländer von den Franzosen zu halten hatten, wußten sie schon früher. Höchstens werden die französisch-amerikanischen Schuldenverhandlungen eine Erschwerung erfahren, indem die amerikanische Regierung die Ablehnung ihres Abrüstungsplanes durch finanzpolitische Unfreundlichkeiten vergelten wird.

*

Würde ein Zusammengehen Englands und Amerikas in der Abrüstungsfrage auch eine Einheitsfront der beiden angelsächsischen Mächte in China herbeiführen? Das ist sehr unwahrscheinlich, da die Amerikaner nicht geneigt sind, die Dummheiten der englischen Politik in China mitzumachen. Trotz der Warnungen, die von allen Seiten kamen, sind zwei englische Infanteriebataillone in Schanghai gelandet worden. Es ist klar, daß dadurch die Verhandlungen zwischen der Kanton-Regierung und England außerordentlich erschwert werden. Ein formaler Abbruch ist zwar nicht erfolgt, aber ob überhaupt eine Verständigung zustande kommt, ist außerordentlich zweifelhaft. Innerhalb der englischen Regierung geht der Kampf zwischen den Vertretern der rücksichtslosen Gewaltpolitik und der vorsichtigeren Richtung weiter. Die Gegenaktion der Arbeiterschaft gegen den Chinakrieg nimmt an Kraft ständig zu. Ueberall im Lande finden Massendemonstrationen mit der Parole: Hände weg von China! statt. Jeder Mann in England ist überzeugt, daß die Baldwin-Regierung Neuwahlen nicht überstehen würde. Eine Regierung, die an Autorität so erschüttert ist, kann nur schwer einen Krieg entfesseln, dessen Folgen noch völlig unabsehbar wären. Setzen sich aber trotzdem die Amteurer im Ministerium, die Churchill und Joynson Hicks durch, kommt es zum Bruch mit Sowjetrußland und zum offenen Krieg mit Kanton, so sind die schwersten innerpolitischen Erschütterungen Englands zu erwarten.

*

Die Note des Staatssekretärs Lewald ist von der polnischen Regierung mit dem Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen beantwortet worden. Der deutsch-polnische Wirtschaftskrieg, verbunden mit einer gehässigen Ausweisungspraxis, geht also weiter. Die Masse der deutschen Arbeiter wird eine nationalistische Verhetzung gegen das polnische Volk nicht mitmachen. Die deutsche Arbeiterschaft weiß, daß die Arbeiter und Bauern Polens in schmählicher Weise unterdrückt werden. Das werktätige Volk Polens ist für die Politik Pilsudskis nicht verantwortlich. Auf deutscher Seite sehen die Großagrarier den Abschluß eines Handelsvertrages mit Polen nicht gern, weil sie die Konkurrenz des polnischen Getreides ausschalten wollen. Auf der anderen Seite will die Regierung Pilsudski durch Aufstachelung des Deutschenhasses ihre Position stärken und die Bevölkerung von der innerpolitischen Krise ablenken. In größerem Zusammenhang bedeutet freilich der Abbruch der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen eine empfindliche Schlappe für England. Die englische herrschende Klasse wollte zugleich zwei Eisen im Feuer haben: Man ließ sich gleichzeitig mit Deutschland und mit Polen ein. Aber die Gegensätze zwischen den herrschenden Schichten Deutschlands und Polens sind so tief, daß die englische Diplomatie sie nicht überbrücken konnte. Der Eintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung hat mindestens die deutsch-polnischen Beziehungen nicht verbessert. Dafür sorgt schon der Landbund. Zu den chinesischen Sorgen des Herrn Chamberlain kommt nun noch die außerordentliche Erschwerung der Bestrebungen, die einen deutsch-polnischen Block gegen Sowjetrußland bilden wollten.

Der Siegeszug der Kantontruppen

London. (Eigener Drahtbericht.)

Die gefälschten Meldungen über eine Niederlage der revolutionären Armee bei Schanghai müssen jetzt auch von den offiziösen Stellen fallen gelassen werden. Unsere Telegraphenbureaus müssen mitteilen, daß die 800 000 Einwohner zählende Stadt Hangtschau von den Kantontruppen im Sturm genommen wurde und gestern auch die Stadt Ningto in ihre Hände fiel. Ueberall wurden die siegreichen roten Truppen von der Bevölkerung mit Jubel empfangen. 5000 Mann der konterrevolutionären Armee haben sich nach Schanghai flüchten können. Sämtliche Ausländer sind aus dem Kriegsgebiet nach dem Norden abtransportiert worden. Der britische Gesandte O'Malley hat das Konsulat in Hankau verlassen und sich auf ein englisches Kanonenboot begeben. Weiterhin wird gemeldet, daß die revolutionäre Regierung dem deutschen Kaufmann, der durch ein Mißverständnis mit chinesischen Nationalrevolutionären einen Zusammenstoß gehabt hatte, für die erlittenen Mißhandlungen eine Entschädigung in Höhe von 3500 Dollar zuerkannt hat. Die konterrevolutionäre Armee Sunlischuanfangs befindet sich auf regelloseem Rückzug nach Schanghai. Die ganze Provinz Tschekiang befindet sich nunmehr in den Händen der Kantontruppen.

Damit ist der Kampf um Schanghai in das entscheidende Stadium getreten. Die imperialistischen Mächte ziehen zum Schutz ihrer Konzessionen sämtliche verfügbaren Truppen zusammen. So haben die Amerikaner aus San Diego 1200 Marinesoldaten und die Engländer aus Hongkong einen großen Transportdampfer mit einem Bataillon Infanterie, einer Batterie Artillerie, einer Feldlazarettkolonne und indischen Soldaten und Pionieren nach Schanghai entsandt, die inzwischen eingetroffen sind. Die Regierungskreise „beschuldigen" den nationalrevolutionären Außenminister Tschen, absichtlich die Verhandlungen in Hankau hinausgezögert zu haben, um in Erwartung der Erfolge der Südarmee die Engländer zu größeren Konzessionen zu zwingen. Fest steht, daß in Regierungskreisen die größte Verwirrung herrscht und daß der Sieg der Kantontruppen und die vernichtende Niederlage Sunlischuanfangs nicht mehr bezweifelt werden kann. Im Laufe des heutigen Tages werden die ersten entscheidenden Angriffe auf Schanghai selbst erwartet.

*

„Die Zeiten sind vorüber, da fremde Truppen China gefügig machten!"

(Eine Unterredung mit dem Berliner chinesischen Gesandten.)

Der Dresdner Anzeiger bringt gestern einen Bericht über eine Unterredung zwischen seinem Berliner Korrespondenten und dem chinesischen Gesandten in Berlin Dr. Cleiangchaoque. In dieser wendet sich der Gesandte gegen den Völkerbund. Er sagte: „Wir sind allerdings Mitglied des Völkerbundes, aber es bedarf doch wohl keines gründlicheren Beweises mehr, daß diese Institution nicht geeignet ist, Streitigkeiten zwischen zwei Mächten zu schlichten. Man sagt doch in Genf immer mit so großem Pathos, daß nur „ernst zu nehmende Völker und Staaten" dem Bunde angehören? Nimmt man uns Chinesen denn ernst, würde man sonst es wagen, die sonst üblichen Hoheitsrechte unseres Reiches glatt in den Wind zu schlagen? Aber man soll sich in uns getäuscht haben! Die jetzt entfaltete nationale Bewegung in China wird nicht eher ruhen, als bis man uns anerkannt und bis man eingesehen hat, daß wir unsere Menschenrechte uns um keinen Preis nehmen oder schmälern lassen." Auf die Frage, ob China ein weiteres Landen fremder Truppen ruhig hinnehmen werde, erklärte Dr. Chingchaoque: „O nein! Wir haben nach dem Anlandgehen der ersten englischen Truppen die Verhandlungen mit O'Malley, dem englischen Gesandtschaftsrat abgebrochen. China trifft jedoch die Schuld an diesem Abbruch nicht." Und weiter sagte er: „Die Zeiten sind vorüber, da fremde Truppen China gefügig machten. Die nationale Freiheitsbewegung eines 400-Millionen-Volkes ist ein ungeheurer Machtfaktor." Der Gesandte schloß die Unterredung mit den Worten: „Wir werden als geeintes Volk aus dem Wirrwarr hervorgehen, und wehe England, wenn es sich einbilden sollte, uns Chinesen mit Gewalt und Drohung unter sein Joch zwingen zu können. Noch begnügen wir uns gegenüber der Landung englischer Truppen mit einem formellen Protest. Man soll sich aber hüten, die Dinge auf die Spitze zu treiben!"

„Hotel Stadt Lemberg"

Ufa-Palast

Ein Film von den galizischen Schlachtfeldern in Hollywood. Dieser Film aus dem Jahre 1915 ist so gedreht worden, daß er dem Jahre 1915 alle Ehre macht. K. u. K. durch dick und dünn. So wie er ist, hätte er damals in Oesterreich-Ungarn und in Deutschland zur Stimmungsmache vorzüglich getaugt. Nichts fehlt. Bekenntnisse: „Wir sind gute Oesterreicher". Traumbilder von Gott, Kaiser und Vaterland! Deutschmeistermarsch. Radetzky-Marsch. Feierlich zelebrierte Feldmesse. Bericht vom Kriegsschauplatz: „Unter dem Oberbefehl des Generalobersten Mackensen . . . unsere glorreichen Armeen . . . siegreicher Durchbruch . . . Lemberg wieder in unserer Hand".

Man traut kaum seinen Augen. Ein Dutzend Jahre sind seit dieser Zeit vergangen — und doch wagt man es, ein solch „zeitgerechtes" Machwerk, das den hoffnungslosen österreichisch-ungarischen Militarismus aufwärmt, vorzuführen! Aber wenn man nur etwas Paprika und Pfeffer einer Liebes- und Spionageaffäre dazutut, so hat man den Geschmack eines bourgeoisen Publikums hüben und drüben befriedigt.

Der Inhalt des Films: Ein k. u. k. Husarenoffizier, fescher ungarischer Offizier, wie es im Büchel des Ludwig Biro (Ullstein-Verlag) steht, flüchtet auf dem Rückzug von den galizischen Schlachtfeldern in das „Hotel Stadt Lemberg". Die Russen besetzen die Stadt. Das Hauptquartier wird im „Hotel Stadt Lemberg" aufgeschlagen. Nun ist guter Rat teuer. Aber da ist auch schon das Stubenmädchen, wie es im Büchel des Ludwig Biro steht, zur Stelle. Es hilft dem österreichischen Offizier, sich als Kellner zu verkleiden. Den russischen General aber wickelt die Holde um ihren Finger, ohne daß er sie kriegt. (Sie ist eine gute Oesterreicherin!) Dann wird ein als Spion weithin erkenntbares, phantastisch drapiertes Individium namens Tabakowitsch, natürlich Inhaber aller Aufmarschpläne, von dem Kellneroffizier im Bad erschossen. Nach dramatischem Verhör, Eifersuchtsszene und Saufgelage bricht der Offizier mit Hilfe der edlen Magd zur österreichischen Armee durch, worauf diese ihrerseits bei Gorlice durchbricht. Nach dem Einmarsch der jubelnd begrüßten k. u. k. Armee, die glänzt und gleißt, als marschierte sie gerade in den Prater, wird eine feierliche Feldmesse zelebriert. Dann wird der Musterleutnant öffentlich dekoriert. Und endlich führt der General — vor versammelter Armee — das Stubenmädchen, dem er noch den Dank des Vaterlandes durch einen Handkuß abgestattet hat, in die Arme des Leutnants.

Dieser Film, in dem Pola Negri die Hauptrolle spielt (und sie spielt sehr gut), wurde von dem ehemaligen Ufa-Direktor Erich Pommer gedreht. Der Mann wollte zeigen, was er ist und was er kann. So kam ein treudeutscher k. u. k. Film für amerikanische Gaumen zustande. Schade, daß solche Amerikafahrer, wie dieser Pommer, nicht auf einsamer Insel ausgesetzt werden.

*

Ein Skandal für sich war der Prolog von Eugen Hoff, den das Mitglied des republikanischen Dresdner Staatstheaters, Alexis Posse, sprach. Wir wissen nicht, was der Herr für Monatseinkommen hat, die Zuschüsse, die das Schauspielhaus aus den Arbeitersteuergeldern verlangt, sind jedoch unserer Meinung nach hoch genug, um ein Mitglied des Staatstheaters vom Geldverdienen durch das Darbieten solch nationalistischen Kitsches abzuhalten. Wenn das jedoch ein Gradmesser seines künstlerischen Verständnisses und seiner Gesinnung sein sollte, dann, Herr Posse, sollten Sie zu Herrn Pommers Gesellschaft auf derselben Insel ausgesetzt werden.

Dresdner Volksbühne E. V.

		Nummern
	Opernhaus:	
Sonntag, 20. 2.	Die Macht des Schicksals	———
Montag, 21. 2.	Beethoven-Konzert	———
Dienstag, 22. 2.	Tannhäuser	———
Mittwoch, 23. 2.	Carmen	———
Donnerstag, 24. 2.	Hanneles Himmelfahrt	———
Freitag, 25. 2.	Penthesilea, Tanz-Sinfonie **Vollvorst.**	3733—4242
Sonnabend, 26. 2.	Margarethe	4243—4307
Sonntag, 27. 2.	Turandot	4308—4380
Montag, 28. 2.	Der Freischütz	4381—4453
	Schauspielhaus:	
Sonntag, 20. 2.	König Heinrich IV. 2. Teil	1596—1765
Montag, 21. 2.	Dover—Calais	1766—1796
Dienstag, 22. 2.	König Heinrich IV. 2. Teil	1797—1848
Mittwoch, 23. 2.	Des Meeres und der Liebe Wellen	1849—1882
Donnerstag, 24. 2.	Das Grabmal des unbekannten Soldaten, **Vollvorstellung**	3001—3180
Freitag, 25. 2.	König Heinrich IV. 2. Teil	———
Sonnabend, 26. 2.	Minna v. Barnhelm	———
Sonntag, 27. 2.	Meisefen	1883—1987
Montag, 28. 2.	Der Revisor	1988—2077

Albert-Theater:

Montag, 28. 2. 7,30 „Seitensprünge" Vollvorstellung 401—800

„Die Komödie."

Montag, 21. 2. 7,45 „Das Kamel geht durch das Nadelöhr" VB 4301—4370 Ab. B

Dienstag, 22. 2. 7,45 „Traumspiel" VB 4371—4470

Mittwoch, 23. 2. 3,30 „Das neugierige Sternlein"

7,45 „Traumspiel" VB 4471—4570 Ab. B III

Donnerstag, 24. 2. 7,45 „Traumspiel" VB 4571—4670

Freitag, 25. 2. 7,45 „Traumspiel" VB 4671—4770 Ab. C III

Sonnabend, 26. 2. 3,30 „Das neugierige Sternlein"

7,45 „Der Garten Eden" VB 4771—4870

Sonntag, 27. 2. 3,30 „Das neugierige Sternlein"

7,45 „Der Garten Eden"

Montag, 28. 2. 7,45 „Der Garten Eden" VB 4941—5040

*

Das nächste Sinfonie-Konzert

findet Mittwoch, den 23. Februar, 7,30 Uhr im Gewerkehaus statt. Leitung: Generalmusikdirektor Eduard Mörike. Orchester: Dresdner Philharmonie. Zur Aufführung gelangt: Josef Haydn: 1. Sinfonie Nr. 31 D-Dur, 2. Rezitativ u. Arie aus dem Oratorium die Schöpfung. Franz Schubert: Der Hirt auf dem Felsen. Anton Bruckner: 4. Sinfonie Es-Dur. (Romantische). Solistin: Liesel von Schuch.

Die Mitglieder werden dringend ersucht, ihre Pflichtveranstaltungen zu besuchen. Freier Konzertkartenverkauf f. Mitglieder a 1,50 i. d. Geschäftsstelle, Schloßstraße 31/36, 11 bis 3 Uhr, sowie Abendkasse. Für Nichtmitglieder a 3 M. nur bei F. Ries, Seestraße 21, sowie Abendkasse. Mitglieder, Studenten, Schüler höherer Lehranstalten, Jugendbünde und Reichswehrangehörige erhalten an der Abendkasse gegen Ausweis Galeriestehplätze a 75 Pf.

Aufgerufene Mitglieder Nr. 6001—6500 und Aurecht A.

Dresdner Volksbühne E. V. Für die Märchenaufführungen in der Komödie sind in der Geschäftsstelle, Schloßstraße 31/36, 11 bis 3 Uhr für Mittwoch und Sonnabend Eintrittskarten in beschränkter Zahl gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte im Vorverkauf jeweils ab Montag zu haben.

Dresdner Volksbühne E. V. Für das 4. Paul-Aron-Konzert am Montag, den 7. März 1927, erhalten die Mitglieder der Dresdner Volksbühne E. V. Eintrittskarten zu verbilligten Preisen

ASPS-Politik im Seifhennersdorfer Gemeindeparlament

Wie in Seifhennersdorf die SPD-Fraktion die Arbeitermehrheit auswertet, konnten die in der am 14. Februar stattgefundenen GV-Sitzung anwesenden, zahlreich erschienenen Zuhörer erfahren. Punkt 1: Eingänge und Berichte. Der Vorsitzende gibt die Beschlüsse des Finanz- und Lichtausschusses betreffs der kommunistischen Anfragen und Anträge bekannt. Es wird beschlossen, für Straßenbeleuchtung am Morgen Mittel bei der Haushaltplanberatung bereitzustellen. Das Kartensystem zum Zuhörerraum wird dahingehend geregelt, daß der GV-Vorsteher diese Frage loyal behandeln will. Zur heutigen Sitzung wurden bereits keine Karten ausgegeben. Die Entfernung der Polizei aus dem Sitzungssaal wird gleichfalls vom GV-Vorsteher geregelt. Die Belieferung der GV mit Gesetzesmaterial und parteikommunalpolitischen Blättern findet darin seine Regelung, daß den Fraktionen je ein Exemplar vom Mitteilungsblatt des Sächsischen Gemeindetages unentgeltlich geliefert wird. Es wird beschlossen, die öffentlichen GV-Sitzungen in der Arbeiterstimme erscheinen zu lassen. Ein Antrag der Erwerbslosen betreffs Konfirmandenbeihilfe wird einstimmig dem Wohlfahrtsausschuß zur Erledigung überwiesen. Der Vorsitzende verliest dann einen Dringlichkeitsantrag der kommunistischen Fraktion, welcher Bezug auf die Forderung der Notstandsarbeiten betreffs Steinschlägerlöhne nimmt. Er wird am Schluß der Tagesordnung zur Beratung gestellt. Punkt 2: Antrag des Mietervereins auf Abschaffung des Mietausweissystems. Der Bürgermeister begründet den gegen 3 Stimmen ablehnenden Beschluß des Wohnungsausschusses. Seiner Rede Sinn ist, das System hat sich gut bewährt, von manchen Unannehmlichkeiten ist das Wohnungsamt verschont geblieben, und auf Grund von Zahlenmaterial will er beweisen, daß das System beibehalten werden muß. Der SPD-Mann Martin und Mitglied des Mietervereins gibt seinen Standpunkt dahingehend bekannt, daß das Mietausweissystem beizubehalten sei, und die glücklichste Lösung in der Vermittlung von Wohnungen darstellt. Der Genosse Simm gibt nunmehr eine klare Darstellung über die Dinge und schildert das Mietausweissystem in allen seinen Schattierungen. Er führte aus: Die Erfahrungen, welche der Mieterverein auf Grund seiner Auskunftsstelle und steten Verbindung mit den Wohnungslosen und Mietern hat, zeigt uns, daß dieses System im höchsten Grade schädlich für eine gerechte Verteilung der Wohnungen ist. Es fördert Bevorzugung und Hintenansetzung aller Wohnungslosen zugunsten von Neulingen. Er fordert daher im Interesse der Wohnungslosen Abschaffung desselben. Gen. Obst verlangt, das Wohnungsamt müsse wieder die Verteilung der Wohnungen selbst vornehmen. Gegen die 4 Stimmen der KPD wird beschlossen, das Mietausweissystem beizubehalten. (Wohnungslose, bedankt euch dafür bei der SPD.) Punkt 3: Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer. Nach kurzer Debatte, an der sich GV-Vorsteher Hastmann (SPD) für und der Genosse Simm dagegen ausgesprochen hatten, wird gegen die Stimmen der Kommunisten und einen Bürgerlichen 100 Prozent Zuschlag beschlossen. Nachträglich stimmt der Bürgerliche, Landwirt Olbrich, noch dagegen. — Dringlichkeitsantrag der kommunistischen Fraktion betreffs Neufestsetzung der Steinschlägerlöhne. Der SPD-GV-Vorsteher Hastmann will aber durch Gesetzesverdrehungen den Antrag und den Einspruch des Gen. Förster im Bauausschuß nicht gelten lassen. Er wird aber von dem Genossen Simm und dem Bürgerlichen Oberlehrer Illgen eines anderen belehrt. Man tritt daher in die Beratung ein. Der Genosse Förster begründet eingehend den Antrag. Die Notstandsarbeiten fordern für das Steineschlagen pro Kubikmeter statt 10 Mark 11,50 Mk. Der Bauausschuß hat gegen die Stimme des Genossen Förster diese Forderung als unbegründet abgelehnt. Nachdem noch die Genossen Simm, Obst und Porsche energisch für die berechtigte Forderung der Notstandsarbeiten Stellung genommen hatten, die SPD schwieg dabei vollständig, wurde zur Abstimmung geschritten. Nur die kommunistische Fraktion stimmte dafür. Die gesamte SPD-Fraktion, darunter der Erwerbslosenratsvorsitzende Emil Grossen, stimmte im trauten Verein mit dem Bürgertum dagegen. (Große Entrüstung im Zuhörerraum und Zwischenrufe. Der Vorsitzende droht mit Räumung der Tribüne.) Aus dieser Sitzung sind die zahlreichen Zuhörer wieder mit einer Erfahrung reicher nach Hause gegangen. Es ist geradezu ein Skandal, wie die sozialdemokratische Fraktion Arbeiter- und Mieterfragen, und noch dazu angesichts einer Linksmehrheit, mit Füßen tritt. Jeder Kommentar dazu ist überflüssig, das Urteil mögen die Seifhennersdorfer Arbeiter selbst fällen.

Opfer der kapitalistischen Profitgier und Rationalisierung

(Arbeiterkorrespondenz.)

Nur noch acht Tage und die Zigarettenfabrik Penidze-Seifhennersdorf schließt ihre Tore. 600—700 Arbeiter und Beamte fliegen auf die Straße. Damit wird in unserem Ort das Erwerbslosenheer auf 900 anwachsen. Die Not, die jetzt schon bei den Zigarettenarbeitern durch monatelange Kurzarbeit groß war, wird dadurch noch viel mehr verschlimmert. Der Zigarettentrust als mächtiges kapitalistisches Gebilde nimmt diese Maßnahme angeblich wegen „Unrentabilität der Betriebe" vor. Es soll in den Fabrikgebäuden eine Kartonnagenfabrikation eingerichtet werden. Wieviel Arbeiter man einstellen wird, weiß niemand. Wo bleibt da das gute Einvernehmen mit den Arbeitgebern? Die Werksvereine, wie Gesangvereine und Feuerwehr sind aufgelöst. In diesen Vereinen wurde ein Schmarotzertum und eine Kriecherei großgezogen, wie kaum in einem anderen Betriebe. Den jetzt erwerbslos werdenden Arbeitern wird wohl nun ein Licht aufgegangen sein. Es gibt in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung keine „Harmonie" zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Fronten scheiden sich ganz klar. Hier Kapital — hier Arbeit, einen Ausgleich (siehe die famose Demokratie!) gibt es nicht. Mögen die Seifhennersdorfer Zigarettenarbeiter daraus die Lehre ziehen und sich dem klassenbewußten Proletariat anschließen!

Die Reformisten im Bautzner Ortsausschuß

In der Ortsausschußsitzung vom 15. Februar gab Kollege Buchholz einen Bericht über die wirtschaftspolitische Lage des letzten Jahres. Natürlich wich er in diesem Bericht jeder konkreten Stellungnahme darüber, wie die Arbeiterschaft sich gegenüber der Konzentration des Kapitals, der Rationalisierung, der Verlängerung der Arbeitszeit, dem Lohndruck und der gewaltigen Arbeitslosigkeit verhalten solle, aus. Die einzige Bemerkung, die er über diese Fragen machte, war, daß er erklärte, man brauche eine schlagkräftige Organisation. Was er darunter verstand und wie die Schlagkraft der Organisation eingesetzt werden solle, verschwieg Buchholz schamhaft.

Kollege Wöller kritisierte scharf das Verhalten der Gewerkschaftsleitungen und zeigte, daß nur die tatsächliche Aktivisierung und der internationale Zusammenschluß mit der RGI einen Fortschritt bringen kann.

Der Geschäftsbericht lag gedruckt vor. Kollege Buchholz gab dazu nur noch einige Erläuterungen. Es folgte die Wahl des Vorstandes. Buchholz wurde als erster Vorsitzender wiedergewählt. Von der Opposition wurde als zweiter Vorsitzender Kollege Wöller vorgeschlagen. Jedoch wurde dieser Vorschlag von der getreuen Gefolgschaft der reformistischen Gewerkschaftsleitung, der Mehrheit der Delegierten, abgelehnt. Als Beisitzer wurden mit Ausnahme des Kollegen Pilz, an dessen Stelle der Kollege Paul tritt, die alten Beisitzer wiedergewählt.

Die Kollegen Kirchner und Wöller brachten eine Resolution ein, in der die Abberufung der drei sozialdemokratischen Schlichter Brandt, Haak und Panoscha sowie die Fortsetzung des Metallarbeiterkampfes, auch dann, wenn der Schiedsspruch für verbindlich erklärt wird, sowie die Ausdehnung des Kampfes auf die gesamte Metallarbeiterschaft gefordert wird. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Ein Antrag, eine Versammlung der Metallarbeiter, auf der ein Delegierter vom Kongreß der Werktätigen Bericht erstatten soll, einzuberufen, wurde zuerst auch angenommen. Da die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten jedoch unter allen Umständen eine solche Versammlung verhindern wollten, erklärten sie, daß sich die Delegierten über die Abstimmung nicht klar gewesen seien, und trotz Protest der Opposition wurde eine neue Abstimmung vorgenommen, in der der Antrag abgelehnt wurde. Es wurde dann der Forderung einer Staatsbeihilfe für die Arbeitersekretariate zugestimmt. Eine weitere Resolution, die zu der Eingabe des ADGB an die Reichsregierung Stellung nahm und erklärte, daß diese Eingabe des ADGB nur dazu dienen solle, die Massen erneut zu täuschen, wurde auf Forderung von Buchholz bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt, da die Angelegenheit angeblich noch nicht genügend geklärt sei. Buchholz verteidigte aber dabei die in der Resolution aufgestellten Forderungen, z. B. die Anstellung von Kontrollbeamten durch den reaktionären Reichswirtschaftsrat als einen Fortschritt. Die Arbeiter Bautzens müssen sich diese Eingabe des ADGB selbst ansehen und ihre Delegierten zwingen, ernsthaft Stellung zu der eingebrachten Resolution zu nehmen.

Als Delegierte der Bezirkskonferenz fahren die Kollegen Buchholz und Domschke.

Arbeitssklaverei in Großröhrsdorf

(Arbeiterkorrespondenz.)

Bei der Firma C. G. Großmann wirkt sich das Antreibersystem immer mehr aus, ebenso die Rationalisierung und der Abbau der Akkordsätze um 10 Prozent. Während wir aus all diesem ersehen, daß der Arbeiter um seinen Lohn geschmälert wird, stellt man auf der anderen Seite einen neuen Direktor ein, der es nun ausklügeln soll, wie man am besten noch mehr Profit aus den geknechteten Arbeitern herausholen könnte. Der Betrieb von ziemlich 700 Arbeitern wird von einem Betriebsrat, der Mitglied der ASPS ist, vertreten. Weil nun die Unternehmer wissen, daß diese Sorte „Arbeiter" ihre Steigbügelhalter sind, können sie sich ja auch ihren brutalen Lohnraubzug und jede Antreiberei erlauben. Dazu hat die Direktion noch einen treuen Diener, der Betriebsleiter Rietet, der die Arbeiter belauscht, drückt und sich zu Spitzeldiensten der Direktion hergibt, so daß sich die Arbeiter bitter beklagen und die Fabrik mit einem Zuchthaus auf die gleiche Stufe stellen. Neben diesen Stützen hält die Firma eine Fabrikfeuerwehr, aber sie ist dabei auf das öffentliche Wohl weniger bedacht. Sie spart aus diesem Anlaß die Versicherungsbeiträge. Da sie nun wieder dadurch ein schönes Sümmchen Geld jährlich in ihre Taschen bekommt, kann sie sich allerdings wohl mal „spendabel" zeigen. Um die braven Feuerwehrleute, die auch Arbeiter sind, als wichtiges Arbeitsvieh zu erhalten, gab man ihnen am Sonnabend ein Fresß- und Saufgelage, das durch Anwesenheit zweier Direktoren in seiner Wirkung erhöht wurde. Hier eine „Wohltat" — auf der anderen Seite Lohnkürzung, Antreibereien, Bespitzelung und maßlose Ausbeutung. Die Arbeiter müssen hier erkennen, daß sie sich nicht länger von einem ASPS-Betriebsrat, der zu allen Unternehmergelüsten sein „Ja" und „Amen" gibt, an der Nase herumführen lassen dürfen. Sie müssen Schluß machen und an dessen Stelle am 28. März revolutionäre Betriebsräte wählen, die bereit sind, euren Kampf gegen die Willkür der Ausbeuter zu führen!

Einheitsbewegung der Freidenker

Hirschfelde. Am Sonntag, den 13. Februar, fand in Hennigs Gasthof in Hirschfelde eine gemeinsame Versammlung der Ortsgruppen Dittelsdorf-Hirschfelde der GpF und der Ortsgruppe Rosental des VdAfF statt, die gut besucht war. Genosse Dreßler erläuterte in kurzen Worten den Zweck derselben. Genosse Mäzig als Vertreter der Ortsgruppe Schlegel gab eine Erklärung ab, daß die Ortsgruppe Schlegel laut Beschluß eine Verschmelzung mit den in Frage kommenden Ortsgruppen ablehnt, dann auf Grund der Lage des Ortes eine eigene Ortsgruppe „vorteilhafter" erscheint. (!) In längeren Ausführungen referierte er über die Bedeutung des Zusammenschlusses der beiden Kulturorganisationen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch in Zukunft die freigeistige Bewegung erfolgreich vorwärtsschreiten möge. In der regen Aussprache sprach man sich für eine Zusammenlegung der einzelnen Ortsgruppen im Interesse des Vormarsches auf finanziellem, organisatorischem und agitatorischem Gebiete aus. Nachdem die in Frage kommenden Ortsgruppen ihre Bereitschaft für eine Zusammenschließung erklärten und die Vermögensabgabe geregelt war, konnte die Wahl des neuen Vorstandes vorgenommen werden. Gewählt wurden: Als 1. Vorsitzender Genosse Paul Börner, 2. Vorsitzender Reinhard Walter, 1. Kassierer Rich. Schulze, 2. Kassierer Josef Dreßler, 1. Schriftführer Paul Schmidt, 2. Schriftführer Hermann Schneider, Revisoren Erich Knebel und Reinhard Rimpler, Bibliothekar Paul Muschter, Berichterstatter Paul Schmidt; Unterkassierer für Hirschfelde Paul Fichtner, für Dittelsdorf Hermann Karbmann, für Rosental-Rohnau Erwin Keller. Die Unterkassierer gelten als Beisitzer. Als Delegierte zur nächsten Konferenz wurden die Genossen Börner und Dutschmann gewählt, als Stellvertreter Gen. Schulze und Schmidt. Der Bericht über die Durchführung der diesjährigen Jugendfeier löste eine rege Aussprache aus. Dieselbe findet in Riegers Gasthof in der bisher durchgeführten Weise statt. Die Referentenfrage soll noch geregelt werden. In längeren Ausführungen referierte Genosse Dutschmann über den Vorbereitungsunterricht sowie über die Jugendfrage. Auf Vorschlag des Genossen Börner soll zwischen Ostern und Pfingsten eine Besichtigung des Zittauer Krematoriums durchgeführt werden. Eine Anfrage des Genossen Schulze betreffs Ortszuschlag wurde bis zur endgültigen Abrechnung der Ortsgruppen zurückgestellt. Auf die im März stattfindende Kirchenaustrittswoche wurde noch besonders hingewiesen. Die Einheitsbewegung der Freidenker wird den Nutznießern der religiösen Verdummung Schritt für Schritt den Boden abringen! In geschlossener Front vorwärts!

„Zu geringfügig . . ."

Neugersdorf. Eine recht eigenartige Einstellung zu den Fragen des Umganges mit Menschen scheint die Volkszeitung für die Oberlausitz zu haben. Hat da kürzlich ein Arbeiter untenstehenden Vorfall zum Abdruck an obige Zeitung gesandt, doch wurde dieser als zu „geringfügig" abgewiesen: „Daß die Situation im Reiche auch ihre Schatten in Neugersdorf wirft, konnte man am 4. Februar nachmittags im Garten der Firma C. G. Hoffmann beobachten. Ein Herr Franke, Baumeister von Beruf, fühlte sich befleißigt, die darin beschäftigten Arbeiter der Firma, über welche er absolut kein Verfügungsrecht hat, in der gröblichsten Art und Weise zu beleidigen. Er bezeichnete die Arbeiter als faul, wollte „ihnen erst einmal arbeiten lernen", und spielte auch auf die Erwerbslosenunterstützung an, die nach seiner Meinung für solche sei, „welche keine Lust zum Arbeiten haben". Auch glaubte er den Arbeitern den guten Rat geben zu müssen, sich im Sommer „etwas zu sparen", damit sie im Winter davon leben könnten. Bezeichnend hierfür sei noch hinzugefügt, daß der Chef der Firma sich anerkennend über die Leistungen der genannten Arbeiter ausgesprochen hat. Es wäre dem Herrn Baumeister der gute Rat zu geben, sich in Zukunft um seine Angelegenheiten zu kümmern und andere Leute gefälligst in Ruhe zu lassen."

Die Heidenauer Kommunisten an der Arbeit

Am Montag, den 14. Februar, fand in Heidenau die zweite öffentliche Stadtverordnetensitzung statt, die eine reichhaltige Tagesordnung, unter anderem eine Reihe Anträge der kommunistischen Fraktion, aufwies.

Die sozialdemokratischen Aucharbeitervertreter spielten dabei ausgezeichnet (im Sinne der Bourgeoisie) ihre Rolle als Steigbügelhalter der Reaktion.

Der 2. Nachtrag zum Ortsgesetz der Gemeinde Heidenau über die kostenlose Totenbestattung vom 13. Juni 1922 tritt sofort in Kraft. Er besagt folgendes: „Die Bestimmungen in § 6 kommen in Wegfall und werden durch folgende ersetzt:

Bestehen für einen Verstorbenen Ansprüche auf Gewährung von Sterbegeldern aus Kranken- und sonstigen Versicherungskassen, so gehen diese in voller Höhe des übernommenen Beerdigungsaufwandes auf die Stadt dann über, wenn der Verstorbene mit seinen Angehörigen nicht in häuslicher Gemeinschaft gelebt hat.

Die Kosten für die Beerdigung von Rentenempfängern nach dem Reichsverordnungsgesetz vom 12. Mai 1920 werden von der Stadt nur vorschußweise gezahlt."

Die kommunistische Fraktion hatte im Ausschuß nur ihre Zustimmung gegeben, unter der Bedingung, daß die Stadtverordneten gleichzeitig folgendes beschließen: „Der zuständige Ausschuß prüft von Fall zu Fall, in welcher Weise die auf Grund des Nachtrages der Stadt zufließenden Sterbegelder verwandt werden." Dieser Nachtrag und Beschluß wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die Zahl der Eintrittskarten von 5 auf 10 zu erhöhen, wurde gegen die Stimmen der KPD angenommen. Gen. Gleisberg führte an, **daß die KPD überhaupt gegen die Beschneidung der Oeffentlichkeit ist, und fordert Zutritt für alle Interessenten,** selbst wenn der Raum zu klein werden sollte. Dann müßte man eben die Sitzung in einen größeren Raum verlegen.

Die KPD stellte gleichzeitig den Antrag, das Kartensystem zu beseitigen, was von den Vertretern des Bürgertums, einschließlich der Sozialdemokraten, abgelehnt wurde.

Ein Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung, der festsetzt, daß für den ersten Hund 30 M., für den zweiten und jeden weiteren 90 M. Steuer zu zahlen sind, wurde angenommen.

Der Antrag der KPD-Fraktion, der Bismarckstraße die Bezeichnung Leninstraße zu geben, wurde vom Gen. Gleisberg wie folgt begründet: „Die Straßenbenennung trägt bei zum Gepräge der Stadt und bringt die politische Einstellung und Schichtung der Bevölkerung zum Ausdruck. Während nun Bismarck ein Mann war, der sich hervorragend an der Bekämpfung der Arbeiterschaft (Sozialistengesetz) beteiligte, war Lenin der große Vorkämpfer und Führer der unterdrückten Klasse der ganzen Welt. Sogar ein bürgerlicher Schriftsteller bezeichnete Lenin als „den gewaltigsten Experimentator des zwanzigsten Jahrhunderts". Lenin war nicht nur der Theoretiker des Marxismus, sondern der Mann der Tat, der die Grundlagen für die Verwirklichung des Sozialismus schuf. Darum sieht die unterdrückte Klasse in Lenin den Vorkämpfer einer Idee, die man mit Leninismus bezeichnet, und unter der versteht man die Verwirklichung des Sozialismus. Eine solche Straßenbezeichnung entspricht der neuen Zeit, und vor allem der sozialen Zusammensetzung der Heidenauer Bevölkerung."

Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde der Antrag der KPD in den Ausschuß verwiesen.

Durch Antrag der KPD wurde der Rat beauftragt, ein **Programm für Notstandsarbeiten** aufzustellen. Gen. Schemmel und Janz (KPD) begründeten den Antrag noch treffend, indem sie darauf hinwiesen, welche Arbeiten als Notstandsarbeiten ausgeführt werden könnten. Unter anderem wurde die Not der Erwerbslosen, die sich jetzt besonders durch die Rationalisierung auswirkt, dargelegt. Auch wurde den Unternehmervertretern treffend gezeigt, daß die Erwerbslosenzahl bedeutend verringert werden könnte, wenn der Achtstundentag durchgeführt und das Ueberstundenwesen beseitigt würde.

Ein Schreiben des **Bauarbeitgeberverbandes,** welches sich gegen den Regiebau der Stadt Heidenau wendet, wird dabei lebhaft diskutiert, wobei seitens der Zuhörer verschiedene Heiterkeitsausbrüche erfolgten. Von den Arbeitervertretern wurde das Schreiben unter Zustimmung der Zuhörer als „eine Frechheit" und als „nicht ernst zu nehmend" bezeichnet.

Der Antrag der KPD, der die Inducklegung sämtlicher für die Stadt Heidenau gültigen Ortsgesetze und ihre Zustellung an die einzelnen Mitglieder des Stadtverordnetenkollegiums fordert, wurde einstimmig angenommen.

Ein Antrag des Kommunistischen Jugendverbandes um Bewilligung von 250 M. für ein Reichsjugendtreffen wurde wie folgt begründet: „Ostern 1927 findet in Hamburg für die gesamte arbeitende und erwerbslose Jugend Deutschlands ein Reichstreffen statt zu dem Zwecke, für die Forderungen der arbeitenden Jugend gegen jede Lohnherabsetzung, Arbeitsverlängerung und Urlaubskürzung, gegen die Arbeitslosenversicherungsgesetze, insbesondere den § 48, der den Ausbau des Gesetzes zu einer Arbeitsdienstpflicht zuläßt, gegen Militarismus und Kriegsgefahr, für sofortige 50prozentige Erhöhung der Unterstützungssätze für jugendliche Erwerbslose, für weitgehendsten Ausbau der Jugendgesetzgebung usw., eine riesige Kundgebung, um sich bei der Reichsregierung Gehör zu verschaffen, statt." Auch dieser Antrag wurde zurückgestellt.

Der Block gegen die Rote Hilfe.

Einen Antrag der **Roten Hilfe, Ortsgruppe Heidenau,** um Bewilligung von 200 M. zur Unterstützung der zwei Kinderheime, begründet Gen. Weichelt in längeren Ausführungen: „Das immer größere Erstarken der Reaktion, die ungeheuren Terrorurteile, die heute gegen die arbeitende Klasse, wenn sie sich gegen den Faschismus wehrt, gefällt werden, hat es mit sich gebracht, daß an die „Rote Hilfe", die sich zum Ziele gesetzt hat, alle Arbeiter, die mit der Klassenjustiz wegen politischer Delikte in Konflikt geraten sind, durch Rechtsschutz, Familienunterstützung, Unterbringung der Kinder in Kinderheime usw., zu unterstützen, immer mehr Anforderungen gestellt werden. Er brachte eine Anzahl Beweise dafür, daß die Klassenjustiz vor niemandem haltmacht. Zum Beispiel wie Reichsbannerangehörige, Sozialdemokraten genau so wie Kommunisten und Rote Frontkämpfer, mit den schärfsten Strafen belegt werden, wenn diese gegen den Faschismus kämpfen. Die Faschisten dagegen erhalten noch mit Pension den Dank für ihr „segensreiches Wirken" ausgesprochen.

Wer nun glaubte, die Sozialdemokraten als Arbeitervertreter würden zustimmen, war im Irrtum.

Florschütz (SPD) sprach mit fadenscheinigen Gründen dagegen. Besser hätten es die offenen Handlanger der Reaktion, Kade, Jähne usw., nicht gebracht. Wenn Herr Florschütz (SPD) noch von Grundsätzen spricht, glaubt er wohl selbst nicht daran. Wo haben denn die Sozialdemokraten ihre „Grundsätze"? Die Zurufe aus dem Publikumm, wie Arbeiterverräter usw., dürften wohl Herrn Florschütz beweisen, wie ihn nebst Fraktion die Einwohner einschätzen, und dürften auch Beweis dafür sein, daß Herr Florschütz und Herr Drechsler (SPD) nicht ernst genommen werden von ihren eigenen Genossen. Verschiedene Genossen der KPD versuchten die Sozialdemokraten noch zu bewegen, ihre Stellung zu ändern, aber umsonst. Stadtrat Wintler (KPD) widerlegte mit Zustimmung der Zuhörer die Argumentation der SPD. **Auch dieser Antrag wurde in einer Front von den Bürgerlichen bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt.**

Darauf erstattete Gen. Günther noch den **Bericht vom Kongreß der Werktätigen** (er war von der Stadt als Beobachter dahin entsandt). Auch dieser Bericht wurde von den Zuhörern mit Begeisterung, von den Bürgerlichen und verschiedenen Sozialdemokraten mit Widerwillen zur Kenntnis genommen. Wollten doch die Sozialdemokraten den Bericht als „unwahr" hinstellen. Es war ihnen auch nicht angenehm, zu hören, in welchem Widerspruch sie sich mit ihren Genossen, die als Delegierte auf dem Kongreß der Werktätigen waren, befanden.

Das hiesige Sport- und Kulturkartell hat vom Ministerium ein weiteres Darlehn von 13 200 M. zugesagt erhalten, falls die Stadt Heidenau die selbstschuldnerische Bürgschaft übernimmt. Dies wurde gegen 7 bürgerliche Stimmen beschlossen.

Auch diese Sitzung hat wieder bewiesen, daß allein die Kommunisten die Interessen der Werktätigen wahrnehmen. Arbeiter, erscheint auch das nächste Mal wieder so zahlreich und beobachtet die Arbeit, die dort für und gegen eure Interessen geleistet wird. **Zieht daraus eure Schlüsse!**

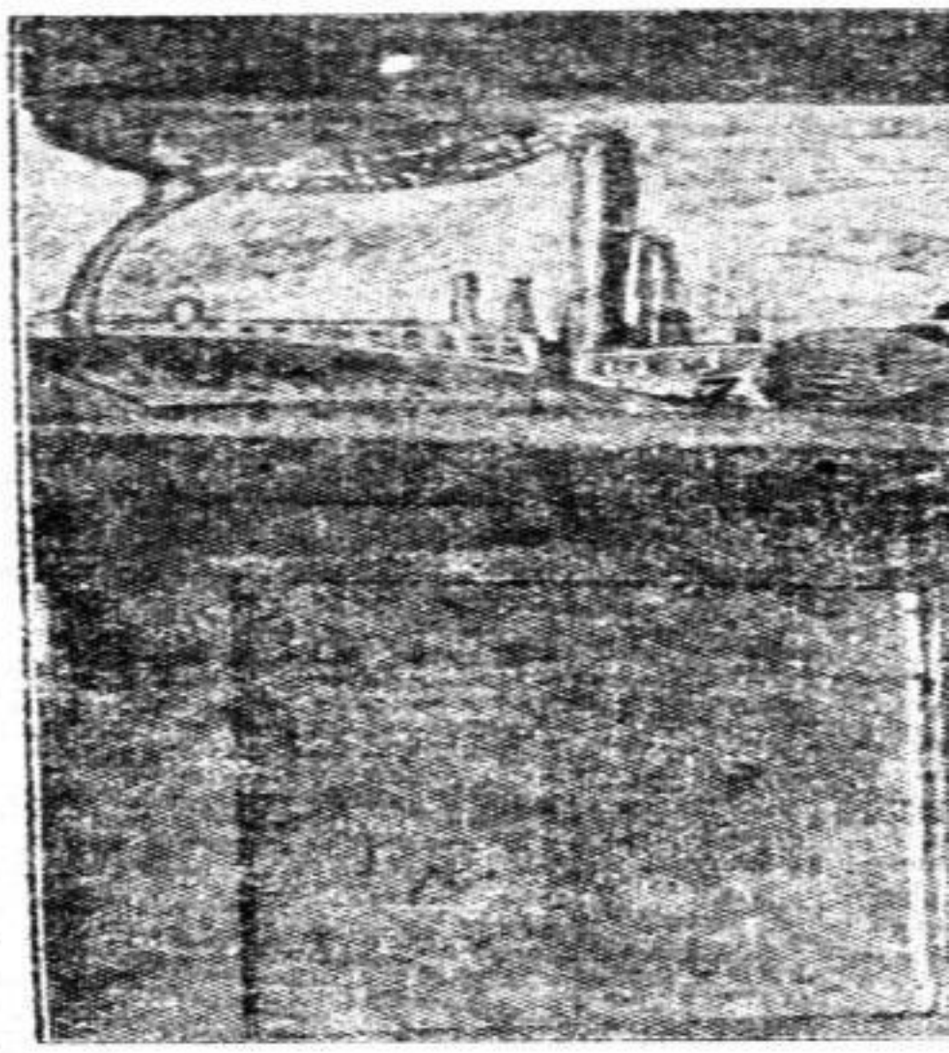
Kampf g

Anschlag des Regierungs

Auf dem ehemaligen Gut des Malers **Heinrich Vo**gelers, dem „Barkenhof", in der Waterstedtung **Worpswede** hat die „Rote Hilfe Deutschlands" ein Kinderheim errichten können, da Vogeler sein ganzes Vermögen der Roten Hilfe in testamentarischer Weise überließ. Den unterernährten, erholungsbedürftigen **Kindern der poli**tischen Gefangenen und deren, deren Väter im Kampfe um eine soziale Republik gefallen sind, wurde durch das Solidaritätsbewußtsein der Arbeiterklasse im „Barkenhof" eine Erholungsstätte geschaffen, das selbst der aus den Verhandlungen im Preußischen Landtage bekannt gewordene, geheime Polizeibericht der Berliner Nachrichtenstelle als mustergültig bezeichnen muß. Häufig genug äußerten fachmännische Besucher des Heims unaufgefordert, daß es in ganz Deutschland kein Kinderheim gäbe, das das der Roten Hilfe übertröfe, aber auch viele, die bei weitem nicht den Kindern das bieten, was in den RH.-Kinderheimen dargereicht wird. Mehr als 340 Kinder haben bisher den „Barkenhof" besucht und bei aufopferungsvoller Pflege die notwendige Erholung gefunden, für viele Wochen sind sie dem Elend und dem Siechtum entrissen worden.

Schon bei der Uebergabe des Heimes hatte Heinrich Vogeler der Roten Hilfe versprochen, die Wände der Speisediele noch mit Wandgemälden zu schmücken. Auslandsreisen Vogelers verhinderten bis zum Sommer 1931 die Ausführung des zugesagten Versprechens.

Die Wandgemälde, die heute die Speisediele schmücken, stellen Szenen aus dem proletarischen Kampf dar und sind der Ideenwelt der Heimkinder angepaßt und sind ein Bekenntnis des Künstlers, der in seinen Werken das hohe Lied der proletarischen Befreiung singt.



Ecke der Speisediele: G
des Oberleutnants M
An der

Diese Bilder werden von den Regierungsbehörden zum Anlaß genommen, gegen das Heim vorzugehen, die Vergünstigungen, die bisher gewährt wurden, zu entziehen. Der Regierungspräsident Dr. Rose, preußischer Landtagsabgeordneter, Mitglied der Deutschen Volkspartei, verlangt, daß die Bilder entfernt werden, da sie der regierungspräsidentlichen Ideologie nicht entsprechen. Dies bedeutet, da es sich um Wandgemälde handelt, daß die Bilder abgekratzt werden, daß sie zerstört werden sollen. Anscheinend fürchtet man, daß auch nur wenige Wochen Aufenthalt im Heim genügen könnten, um die fünf bis vierzehnjährigen Kinder zu bewußten Kämpfern für die proletarische Bewegung heranzubilden.

Alle Vorschläge der Roten Hilfe, die dahinzielten, das Heim seiner Bestimmung zu erhalten, erreichten bisher nicht die Zustimmung der Anordnungen des Regierungspräsidenten Dr. Rose. Der Haß, mit dem man die politischen Gefangenen verfolgt, wird auch auf die unschuldigen Kinder übertragen, die nochmals bestraft werden sollen, weil ihre Väter es gewagt, gegen die herrschende Macht anzukämpfen. Nach der Meinung des Regierungspräsidenten in Stade sollen die Kinder Lieber das Opfer der Tuberkulose, der Rachitis und anderer Proletarierkrankheiten werden, als daß sie von der Gedankenwelt des proletarischen Klassenkampfes, des Kommunismus, beeinflußt werden.

Ebenso ungeheuerlich aber ist auch die Zumutung, die an den Maler Heinrich Vogeler gestellt wird; er soll die Bilder aus dem Heim „entfernen". Noch niemals ist christlichen Kinderheimen die Forderung gestellt worden, Heiligen- und Madonnenbilder, Schlachtenbilder, Photos geschlagener Heerführer und davongelaufener Monarchen, kurz, die Embleme der Monarchie zu entfernen. Bei dem proletarischen Kinderheim „Barkenhof" wagt man es jedoch, solche ungeheuerliche Zumutungen zu stellen, das Recht der Erziehungsberechtigten, deren Auftrag die Heimleitung handelt und deren Billigung die Bilder finden anzutasten.

Die brutale Forderung wird in ihrer ganzen kulturellen Rückständigkeit erst klar, wenn noch bedacht wird, daß die Wandgemälde Kunstwerke von historischem Wert darstellen. Die Anordnung des Regierungspräsidenten Dr. Rose greift aufs einschneidendste in die Freiheit des künstlerischen Schaffens ein und illustriert sehr deutlich den Kurs des Schund- und Schmutzgesetzes, das ist dem verdüsterten Regierungspräsidenten Dr. Rose seinen ersten Praktiker findet. Im Deutschland des Bürgerblocks darf nur eine Kunst betrieben werden, die vor den Augen von Polizei, Landrat und Regierungspräsidenten bestehen kann.

Angesichts dieser Kulturbarbarei sowohl gegen die Kinder, wie auch gegen den Künstler haben bereits eine Reihe bedeutender Künstler, Gelehrter und Schriftsteller ihre Stimme zum Protest erhoben. So haben sich dem Protest des Kuratoriums der Kinderheime unter vielen anderen Kunstmaler Hermann Abeking, Alfred Kerr, Prof. Georg Kolbe, Heinrich Mann, Generalmajor v. Schoenaich, Hans Siemsen angeschlossen. In einem besonderen Aufruf haben die beiden Mitglieder der Akademie der Künste, Käthe Kollwitz und Max Pechstein sich für die Erhaltung der Kunstwerke Vogelers eingesetzt. Auch der bekannte Verteidiger, Justizrat Dr. Werthauer und der der sozialdemokratischen Lehrerbewegung bekannte Schulreformer Dr. August Siemsen; der Führer des Bundes entschiedener Schulreformer, P

Eines der beans

Arbeitersport

Bezirk Oberlausitz.

Vorschau für Sonntag, den 20. Februar.

Die erhöhte Spieltätigkeit der letzten Zeit beweist, daß man sich allerorts mit vollem Eifer auf die bevorstehende Serie vorbereitet.

So ist die jederzeit rührige 1. Elf von Reichenau wieder Gast bei der Penziger 1. im schlesischen Kreise, um sich für die 1. Klasse sicher zu qualifizieren. Bisher war es Reichenau noch nicht möglich, die Penziger zu überwinden, da dort eine etwas stärkere Spielweise gepflegt wird, der die Hiesigen noch nicht gewachsen sind. Reichenau nimmt seine 1. Jugendelf mit auf die Reise, um auch in dieser Klasse die Unterschiede kennenzulernen. Gegner ist ebenfalls Penzig 1. Jugend.

In Bautzen findet wieder eine Begegnung statt zwischen ATV Bautzen 1 und VfR 1 Löbau. Dieses Spiel, das zwei der besten Mannschaften des Bezirks gegenübersieht, beginnt um 3 Uhr. Der Bezirksmeister wird versuchen, seinem Rufe Ehre zu machen, und da gegenwärtig auch der VfR in guter Form ist, wird sicher ein sehr spannender Kampf entstehen.

Der Gegner der 2. Elf von Bautzen ist VfR 2. Letztere Mannschaft hat sich in letzter Zeit wieder mit viel Mühe emporgearbeitet, und, nachdem am vergangenen Sonntag sogar der Zittauer Gruppenmeister das Nachsehen bekam, dürfte auch Bautzen alles Können ins Treffen geben müssen. Anstoß 1.30 Uhr. Vorher um 12 Uhr spielt Bautzen 3 gegen Doberschau 2.

Voranzeige! Am 27. 2. in Bautzen Belähigungsspiel: VfR 1 Löbau—Großdubrau 1, Bezirksmeister der 2. Klasse.

Reichenau 1—ATV Bautzen 1 2:4. Der Bezirksmeister konnte auch das Rückspiel wieder sicher für sich entscheiden. Reichenau spielte zu nervös und zerfahren.

Olbersdorf 1 war weiterhin siegreich, indem sich Oberseifersdorf 1 mit 4:0 als geschlagen bekennen mußte.

Bautzen 2 hatte Gruppe 1 zu Gaste. Gruppe konnte einen überzeugenden 1:12-Sieg mit nach Hause nehmen.

Oberseifersdorf 1 vermochte im Treffen mit Reichenau 2 an dem 4:4-Resultat nichts zu ändern. Dagegen war es Olbersdorf 1 vorgönnt, gegen Reichenau 3 einen 4:1-Sieg zu erringen.

Ebenfalls hoch verlor Reichenau 4 gegen Zittau 8 mit 1:9.

Reichenau 1. Jgd. gab wiederum Zeugnis von ihrem Können und schickte Zittaus 1. Jgd. 4:0 geschlagen nach Hause.

Großdubrau 1. Jgd. trat zum Spiele in Bautzen nicht an. A. W.

Börsenspiele des 2., 9., 10. und 11. Bezirks.
Am 20. Februar: Kastball.

Ottendorf 1—Kaditz 1. Bei diesem Treffen wird Kaditz alles aufbieten müssen, denn Ottendorf ist auf eigenem Platze schwer zu schlagen. (3.30 Uhr.)

Radebeul 1—Zschachwitz 1. Die Radebeuler werden hierbei nicht viel Chancen haben, obwohl sie nicht zu unterschätzen sind, doch Zschachwitz wird ihnen an Technik noch etwas voraus sein. (1 Uhr.)

Kreischa 1—Cunnersdorf 1. Cunnersdorf wird es nicht schwer fallen, in diesem Spiel mit Erfolg vom Platze zu gehen, denn Kreischa steht ihnen bedeutend nach. (3 Uhr.)

Cotta 1—Dresden 1885 1. Ausgang ist unbestimmt. Cotta mit neuer Besetzung wird seine Spielstärke preisgeben müssen, da 1885 in der alten bewährten Aufstellung antreten wird. (9,15 Uhr.)

Pieschen 1—Striesen 1. Das interessanteste Treffen des Tages, ein Spiel reich an Momenten und technischen Feinheiten, wird man hier sehen. Wer als Sieger hervorgeht, kann man nicht sagen. (10 Uhr.)

Löbtau 1—Zaucherode 1. Löbtau triumphierte am vergangenen Sonntag mit 5:3 über Birkigt, doch hierbei wird es nicht so leicht glücken. (12,30 Uhr.)

Birkigt 1—Coßmannsdorf 1. Zwei ebenbürtige Mannschaften, jedoch Coßmannsdorf besitzt eine gute Hintermannschaft, welche es sehr gut verstehen wird, die Angriffe des Gegners zu zerstören. (9 Uhr.)

Potschappel 1—Niederpesterwitz 1. Niederpesterwitz hat einen schweren Gegner seine Stärke zu zeigen. Bei gutem Spielermaterial kann Potschappel das Spiel für sich entscheiden. (11 Uhr.)

Oberhermsdorf 1—Somsdorf 1. Somsdorf wird nicht groß zum Auftreffen kommen, da Oberhermsdorf sich schon gegen stärkere Mannschaften zu behaupten wußte. (11 Uhr.)

Heidenau 1—Niedersedlitz 1. Die Heidenauer werden sich nicht viel Mühe geben, um Niedersedlitz abzufertigen, jedoch werden auch die letzteren zu kämpfen wissen. (2.30 Uhr.)

Friedrichstadt 1—Neustadt 1. Das noch außenstehende Spiel wird nun diesen Sonntag zum Austrag kommen. Friedrichstadt, bekannt durch seine imponierende Spielform, hat in Neustadt einen gleichstarken Gegner und demnach seinen guten Ruf zu verteidigen. (3.30 Uhr.)

Untere Mannschaften: Niederhäslich 2—Tharandt 1 (10). Neustadt 2—Fortschritt 1 (10). Striesen 2—Possendorf 1 (2.30). Löbtau 2—Dölschen 1 (11.30). Dresden 1885 2—Friedrichstadt 2 (2). Rabenau 2—Cotta 2 (3.30). Rippien 2—Birkigt 2 (9). Zaucherode 2—Weißig 2 (10). Zaucherode 3—Kaditz 3 (11 Uhr.)

Jugend: Dresden 1885 1—Altstadt 1 (3). Heidenau 1—Niedersedlitz 1 (3.30). Striesen-Jungh. 1—DSV 1 (1). Oberhermsdorf 1—Somsdorf 1 (11). Kaditz 1—Cotta 1 (10.30). Burgk 1—Birkigt 1 ((10). Deuben 1—Zschachwitz 1 (11). Neustadt 1—Pieschen 1 (10). Welschhufe 1—Niederpesterwitz 1 (2). Cunnersdorf 1—Kleincarsdorf 1 (3). Potschappel 1—Zaucherode 1 (10). Reick 1—Löbtau 1 (10). Gittersee 1—Radebeul 1 (10). Pieschen 2—Friedrichstadt 1 (11). Gittersee 2—Deuben 2 (3). Kaditz 2—Löbtau 2 (9.30). Potschappel 2—Weißig 2 (11). Neustadt 2—Striesen 1 (9).

Spielerinnen: Dresden 1885 1—Pieschen 1 (10). Zschachwitz 1—Neustadt 2 (10). Löbtau 1—DSV 1910 1 (1.30).

Schüler: Cotta 1—Neustadt 1 (10.15). Coschütz 1—Löbtau 2 (9). Burgk 1—Birkigt 1 (10). Heidenau 1—Niedersedlitz 1 (11).

Altersmannschaften: Birkigt 1—Seifersdorf 1 (12).

Handball: Deuben 1—Altstadt 1. Die Altstädter sind die Besseren, doch wird sich Deuben nicht so leicht geschlagen bekennen. (1.30). — Radeberg 2—Großröhrsdorf 1 (?).

Achtung! Vereinsspielleiter und Berichterstatter! Am Sonntag, den 20. Februar, wird unsere Resultatsamm-Stelle wieder geöffnet (5—7 Uhr). Der Anruf ist folgender: 19 789 (Rest. Kaden). Vergeßt nicht, von den ersten Mannschaften die Situationsberichte mitzugeben. Wer nicht meldet, wird mit Strafe belegt. Strahb.

Kraftpostverkehr (Wintersport). Sonntag, den 20. Februar, fahren geheizte Kraftomnibusse der Reichspost 7.15 Uhr vormittags vom Kaffeecafé (Hauptbahnhof) in etwa 1½ Stunden nach Geising. Platzbestellungen dringend nötig beim Hauptpostamt, Briefausgabe, Schalter 22, Fernspr. 12 052, und bei allen Postämtern in Dresden, im Reisebureau Alfred Rohn, Prager Straße 26, bei den Geschäftsstellen des Dresdner Verkehrsvereins und beim Postamt Geising.

Verein für volkstüml. Wassersport, Abt. Altstadt-Ost. Sonntag, den 20. Februar: Nachmittagswanderung nach den Jagdwegen, Hohebrücken, Großgraupa. Treffpunkt mittags 1 Uhr Endstation Straßenbahnlinie 19, Laubegast.

Deutscher Arbeiter-Keglerbund, Ortsgruppe Dresden. Am 20. Februar trägt der Kegelklub „Geradeaus" in Oberhermsdorf bei Wurgwitz einen Werbekampf aus. Das Rückspiel findet am 6. März im Gesellschaftshaus Löbtau statt. — Die rege Agitation der letzten Wochen zeigt ihre Erfolge. Es meldeten sich 4 Klubs in den DAKB an. — Werktätige Kegler, besinnt euch! Organisiert euch im DAKB!

Wintersport, 2. Bezirk. Fortsetzung des Sprungkursus Sonntag, den 20. Februar. Treffpunkt 9.30 Uhr Mazelhütte. — Wintersport-Ausschußsitzung Mazelhütte 20. Febr., 9 Uhr.

„Naturfreunde" Zschachwitz. 20. Febr.: Tageswanderung Gauksgrotte—Hohenstein. Abf. 5.58 Uhr (SK Rathen). F.: Heller. — 23. Febr.: Gerhardt-Hauptmann-Abend: „Florian Geyer". Ref. Gen. Heinze.

Sächs. Spielvereinigung.

Die **Fußballbörsen** finden am 19. Februar 1927 im Volkshaus statt, nicht, wie im SAS Nr. 7 veröffentlicht wurde, am 19. März 1927.

Versammlungskalender

Kommunistische Partei

Montag, den 21. Februar:

Der Spezialkursus im Parteibureau findet **nicht statt.**

Mieterprotestversammlung im Restaurant Treue Neustadt, Ecke Waldschlößchen- und Radeberger Straße, abends 7.30 Uhr.

Straßenzelle Mickten-Kaditz. 7 Uhr bei Blüher: Bericht vom IFB-Tag. Wichtige organisatorische Mitteilungen.

Kommunistischer Jugendverband

Sonnabend, den 19. Februar:

Striesen-West. Funktionärsitzung beim Genossen Herbert abends 7.30 Uhr.

Sonntag, den 20. Februar:

Südwest. Wanderung, verbunden mit Landwerbung. Treffen 7.30 Uhr am DKH. Alle Instrumente mitbringen.

Kaditz. Wanderung mit der Gruppe Südwest durch den Rabenauer Grund. Treffen 7.30 Uhr Dreikaiserhof. Bahn Linien 20, 22 und 19.

Radeberg. Vormittags 8.30 Uhr Stellen zur Wanderung nach Moritzburg. Die JSB-Mitglieder werden ersucht, sich zahlreich zu beteiligen. Mundvorrat ist mitzubringen.

Montag, den 21. Februar:

Friedrichstadt und Altstadt. Gruppenabend 7.30 Uhr im Brandenburger Hof, Berliner Straße. Thema: Was ist Rationalisierung? Gäste willkommen.

Jung-Spartakus-Bund

Sonntag, den 20. Februar:

Südwest. Gemeinsame Wanderung mit Jugend und Werbepropaganda nach dem Rabenauer Grund usw. Stellen 7½ Uhr Dreikaiserhof.

Roter Frontkämpferbund

Montag, den 21. Februar:

Abteilung 1, Zug 4. 7.30 Uhr im Brauerhof Cotta Zugversammlung.

Abteilung 2. Sämtliche Züge stellen 7 Uhr in ihren Zuglokalen zum Lichtbildervortrag nach dem Bürgergarten.

Abteilung 5. 7.30 Uhr im Restaurant „Zur Bauhütte" Abteilungsversammlung mit RJ. Mitgliedsbücher mitbringen.

Abteilung 10. 7.30 Uhr Versammlung im Sportlokal Helios.

Rote Jungfront

Montag, den 21. Februar:

Abteilung 3, Striesen. Abends 7.30 Uhr in der „Erdkuge", Markgraf-Heinrich-Platz, öffentl. Mitgliederversammlung. Vortrag des Kameraden Richter über „Kulturkampf — Schutz der Republik oder Klassenkampf". Mitglieder der RJ, SAJ und der Reichsbannerjugend sind eingeladen.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Sonnabend, den 19. Februar:

Kötzschenbroda. 8 Uhr abends **proletar. Unterhaltungsabend im Bürgergarten. Kam. Sparschuh spricht über: „Das proletarische Kind". Alle RFB-Genossen und RFB-Kameraden und deren Angehörige sind willkommen.**

Montag, den 21. Februar:

Ortsgruppe Reick. Abends 7.30 Uhr im Sportplatz Helios wichtige Versammlung. Alle Genossinnen die gewillt sind, in den RFMB einzutreten, mögen erscheinen.

Jung-Spartakus-Bund

Dienstag, den 22. Februar:

Groß-Dresden. Dienstag ist im Sekretariat, Columbusstraße, eine Leiter- und Helfersitzung. Folgende Gruppen müssen anwesend sein: Zschachwitz, Laubegast, Striesen, Friedrichstadt-Südwest, Stetzsch, Gittersee, Freital, Neustadt-Ost und Neustadt-West. Die Jugendgruppen Johannstadt und Altstadt entsenden einen Vertreter. Thema: Bericht vom Reichskongreß in Chemnitz. Alle, die sich für den JSB interessieren sind wegen der wichtigen Tagesordnung eingeladen. Anfang Punkt 7 Uhr.

Internationale Arbeiterhilfe.

Dienstag, den 22. Februar:

Ortsgruppe Kötzschenbroda. Abends 8 Uhr im Rest. Gottner Anker: Mitgliederversammlung. Neuwahlen.

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung E. V.

Friedrichstadt. Alle auf dem Boden der Einheitsorganisation stehenden proletarischen Freidenker werden gebeten, sich umgehend an Gen. Max Thieme, Peterstraße 7, II, zu wenden.

Montag, den 21. Februar:

Ortsgruppe Neu- und Antonstadt. Außerordentliche Mitgliederversammlung im Görlitzer Garten, Görlitzer Straße, 7.30 Uhr abends. Tagesordnung: 1. Information über unsere nunmehr verschmolzene Bewegung. 2. Allgemeines. Erscheinen aller Verbandsmitglieder unserer Bewegung ist Pflicht.

Witterungsaussichten für Sachsen vom 19. 2. abends bis 20. 2. abends. Anhalten der winterlichen Witterung. Wechselnd bewölkt und besonders im Gebirge zu Schneefall neigend. Mäßiger Frost. Nördliche bis westliche Winde mäßiger Stärke.

Luftdruckverteilung. Hoher Druck über 770 Millimeter Nordwest-Europa über Jütland bis Nordwest-Deutschland. Depression: Unter 765 Millimeter in Auffüllung Südrußland. Depression 750 Millimeter Mittelmeer.

Amtliche Bekanntmachungen

— Freital —

Brikettverteilung an Erwerbslose.

Die Belieferung der ausgegebenen Bezugsscheine für Briketts an Erwerbslose wird kommende Woche wie folgt festgesetzt:

3841—3820	Montag, den 21. Februar dieses Jahres
3821—4000	Dienstag, den 22. Februar d. J.
4001—4180	Mittwoch, den 23. Februar d. J.
4181—4360	Donnerstag, den 24. Februar d. J.
4361—4450	Freitag, den 25. Februar d. J.
4451—4550	sowie alle noch nicht bisher belieferten Bezugsscheine

Sonnabend, den 26. Februar d. J.

Die Ausgabe erfolgt wie bisher in der Augusta-Schacht-Niederlage, Obere Dresdner Straße.

Rat der Stadt Freital, am 18. Februar 1927.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Dresden

Dienstag, den 22. Februar 1927, abends 6.30 Uhr
im Volkshaus, Ritzenbergstraße 2, großer Saal

Funktionärversammlung.

Tagesordnung: 1. Unternehmung und Unternehmungszusammenschlüsse in der gegenwärtigen Wirtschaft. Vortragender: Dipl.-Volkswirt Gewerbestudienrat Fritsche, Dresden. 2. Arbeitszeitbewegung und Verbandsangelegenheiten.

Zu dieser Versammlung haben sämtliche Vertrauensleute, Betriebsratsmitglieder und Ersatzleute gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches, der Vertrauensmännerkarte und des Betriebsratsausweises Zutritt. Ersatzmitgliedern ist ein besonderer Ausweis von dem Betriebsrat auszustellen. Die Ortsverwaltung.

SARRASANI
DAS FESTPROGRAMM
2 Vorstellungen Sonnabend 8 Uhr, Sonntag 7½ Uhr
Nur noch ganz wenige Tage!
Vorverkauf: Theaterkasse, Re-Ka und an allen Zirkuskassen — Fernruf 5694 49

Heiterer Blick
Cunnersdorf bei Pirna
Morgen Sonntag ab 4½ Uhr
Vornehmer Ball
in den Gasträumen musikalische Unterhaltung
Neue Bewirtung
Es laden ergebenst ein A. Haidan u. Frau.

Volkshaus Weißes Roß Pirna
Morgen Sonntag
FEINER BALL
Es laden freundlich ein Paul Lindemann und Frau

Damen
Spülapparate, Spülkannen, Leibbinden, Schläuche usw. mit Frauenartikel
R. Freisleben
Postplatz
Man achte auf Firma

Gasthof Birkigt
Sonntag, den 20. Februar 1927
Feine Ballmusik
Kapelle Oeler

Restaurant zur Börse, Pirna
beste Einkehrstätte, gemütlicher Aufenthalt
Erwin Riedel

Annahme
FELLE
gerbt, färbt
Rehefelder Straße 21

Werbe
Leser

Hauptes Ballsaal Copitz
Beste Einkehrstätte für Vereine
Paul Klotzky und Frau
Ausschank des echt bayrischen Export-Bräu in Verbindung Münchner

Allerfeinste Tafelbutter
Listen zu verlangen
Überall zu haben
Wittelli
GES. GESCH. MARKE
Ernst-G. Wittelli
Leipzig-Zweng. 0.
RUF:
25741. 21777. 21736. 22736
Familienwein

Der 3. Reichsjugendkonferenz des ZdA zum Gruß!

Der Zentralverband der Angestellten, die stärkste von den [illegible] dem Afabund angeschlossenen Angestellten-Organisationen, [illegible]ält am 20. Februar in Dresden die 3. Reichsjugendkonferenz [illegible]. Der ZdA ist die einzige freigewerkschaftliche Angestellten-[illegible]rganisation, die Jugendgruppen unterhält. Jugendgruppen [illegible] nicht in dem Sinne, daß die Jugendlichen schon frühzeitig zu re[illegible]olutionären Klassenkämpfern erzogen werden, sondern das [illegible] Statut des Verbandes steht in dem Absatz über die Jugend[illegible]gruppen vor, daß „wirtschaftliche Interessenvertretung nicht in [illegible] das Aufgabengebiet der Jugendgruppen gehört". Der ZdA ist [illegible] sehr vielen revolutionären Arbeitern durch seinen „berühmten" [illegible]Verbandstagsbeschluß bekannt, nach dem Kommunisten und [illegible]lche, die mit ihnen sympathisieren, keine Funktionen im Ver[illegible]band ausüben dürfen. Man kann sich dann ungefähr ein Bild [illegible]machen, wie die gewerkschaftliche Jugendarbeit des Verbandes [illegible]sehen muß. Ein Blick in die „Jugendblätter des ZdA" zeigt [illegible] das in sehr drastischer Weise. Als die Hauptaufgabe der [illegible]werkschaftlichen Jugendarbeit wird die allgemeine Er[illegible]ziehungs- und Bildungsarbeit gekennzeichnet. Artikel wie: Wo[illegible] ist morgen unsere Woche?, „Künstliche Kälte und ihre Anwen[illegible]dung" sind durchaus keine Ausnahme, sondern Artikel in dieser [illegible]Methodik bilden den Hauptteil der Jugendblätter. Nicht nur [illegible] die Zeitung, auch die Ausgestaltung der Gruppenabende und [illegible] Jugendversammlungen zeigt uns, wie wenig der Verbands[illegible]leitung daran gelegen ist, die Jugend zu wirklichen revolutio[illegible]nären Klassenkämpfern zu erziehen. Es hagelt nur so von: [illegible] Spiel- und Lesabend, Gymnastik und Volkstanz, Liederabend, [illegible] Unterhaltungsabend usw. neben Vorträgen über: Deutsche Sing[illegible]vögel, Wunder der Technik u. a. mehr. Die Mitglieder, die [illegible] erkannt haben, daß man mit derartigen Methoden keine Klassen[illegible]kampfer erzieht, werden von der Bureaukratie auf alle Art und [illegible]Weise schikaniert. Es ist oft vorgekommen, daß gewählte Funk[illegible]tionäre der Jugendgruppe von den Ortsverwaltungen abgesetzt [illegible] oder nicht bestätigt wurden, bzw. Jugendmitglieder über 17 [illegible] Jahre auf Grund ihres Alters und ihrer nicht genehmen Ge[illegible]sinnung vom Besuch der Jugendgruppen ausgeschlossen wurden. [illegible] Diese Vorfälle haben sich in letzter Zeit ereignet in Berlin, [illegible]Köln, Bremen, Dresden. Die von der Dresdner Jugendgruppe [illegible] der Reichsjugendkonferenz gestellten Anträge zur Aenderung [illegible] des Statuts und des Charakters der Jugendgruppe wurden ein[illegible]fach nicht an die Reichsjugendleitung weitergegeben. Man ging [illegible]war in Berlin dazu über, die Gruppen, die sich mit den aus[illegible]geschlossenen Jugendkollegen solidarisch erklärten, einfach auf[illegible]zulösen. Das Selbstverwaltungsrecht wird den Jugendlichen [illegible] ihnen durch das Statut genommen. Es heißt im § 29:

„Zum Zwecke einer einheitlichen Regelung der Jugendarbeit stellt der Verbandsvorstand im Einverständnis mit dem [illegible]Vorstand eine Geschäftsordnung auf, die für die Ortsgruppen und Jugendgruppen verbindlich ist."

Auf Grund dieser Bestimmung ist alle Macht in die Hände der reformistischen Ortsverwaltungsmitglieder gelegt, sie können Funktionäre absetzen, nicht bestätigen und ältere Mitglieder (über 17 Jahre) ausschließen.

Die letzte Reichsjugendkonferenz fand im Juni 1925 in Fürstenfeld statt. Aus dem dort erstatteten Bericht ist ersichtlich, daß 771 gesellige Zusammenkünfte, 360 Wanderungen, 351 Vorträge, 297 Aussprache-Abende, 230 Berufskurse veranstaltet wurden. Auch die jetzige Reichsjugendleitung ist peinlichst bestrebt, die oben erwähnten Satzungen streng durchzuführen. Eine systematische Trennung der jüngeren von den älteren Kollegen soll die Isolierung der Jugendlichen von den wirtschaftlichen und Tagesfragen erreichen, und sie nur mit kulturellen und geistigen Dingen beschäftigen. Sehr oft ist die organisierte Werbearbeit unter den unorganisierten jugendlichen Angestellten mit der Begründung abgelehnt worden, daß die Jugendgruppen noch zu schwach sind, die Werbearbeit durchzuführen. In Wirklichkeit lehnen die Leitungen ein Anwachsen der Aktivität der Jugendgruppen, daß sie bei der Agitation mit wirtschaftlichen Fragen in Berührung kommen könnten.

Die Tagesordnung der diesjährigen Reichsjugendkonferenz enthält im wesentlichen: Stand und Entwicklung unserer Jugendarbeit, die Lage der erwerbstätigen Jugend in unserm Beruf. Es wäre aber notwendig, daß man sich angesichts der ungeheuren Erwerbslosenzahl mit der Lage der erwerbslosen Jugend im kaufmännischen Beruf beschäftigt, insbesondere das Verhältnis der schlechtbezahlten jugendlichen Angestellten zu den erwerbslosen älteren Angestellten klar aufzeigt.

Die Unternehmer eröffnen auf allen Gebieten, auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem, einen Angriff auf die Rechte der arbeitenden Jugend. Das neue Arbeitsschutzgesetz sieht im § 21 vor, daß Arbeitnehmer unter 18 Jahren nicht mehr als 10 Stunden täglich beschäftigt werden dürfen. Wo bleibt hier der Achtstundentag? Als besonderes Weihnachtsgeschenk wurde dem deutschen Jugendproletariat das Schund- und Schmutzgesetz überreicht, das Lustbarkeitsgesetz soll folgen. Die arbeitende Jugend darf auch die langjährigen Bestrebungen der deutschen Bourgeoisie, die Arbeitsdienstpflicht für die arbeitende Jugend bis zum 25. Lebensjahre einzuführen, nicht außer acht lassen und muß gegen diese Bestrebungen den schärfsten Kampf führen.

Wir wünschen der Tagung der 3. Reichsjugendkonferenz in diesem Sinne vollen Erfolg und hoffen, daß die Jugendvertreter aus allen Gauen Deutschlands den Ernst der Situation erfassen und dazu beitragen, den Kampfwillen der arbeitenden Jugend gegen wirtschaftliche und politische Reaktion zu steigern.

•

An die 3. Reichsjugendkonferenz des Zentralverbandes der Angestellten

Die am 12. und 13. Februar in Dresden tagende Bezirkskonferenz des Kommunistischen Jugendverbandes, Bezirk Ostsachsen, sendet der 3. Reichsjugendkonferenz des ZdA am 20. Februar die herzlichsten proletarischen Wünsche für ein gutes Gelingen ihrer Tagung.

Angesichts der sich verschärfenden Angriffe des Unternehmertums gegen alle Lohn- und Gehaltsempfänger macht sich der Drang zur Schaffung einer einheitlichen Kampffront aller Hand- und Kopfarbeiter immer stärker bemerkbar. Ein Symptom war der Hamburger Hafenarbeiterstreik und ist jetzt der beginnende Kampf der Metallarbeiter zur Rückeroberung des Achtstundentages.

Das Jungproletariat in allen Schichten, besonders aber in den Angestelltenberufen, ist den Angriffen des Unternehmertums um so leichter preisgegeben, als der Mangel an guter gewerkschaftlicher Organisation und politischer Aktivität dazu beiträgt, seine Lage immer trostloser zu gestalten.

In dieser Situation hält der KJVD als den ersten Schritt zur Hebung der Lage der Jungarbeiterschaft die restlose gewerkschaftliche Organisierung, auch der jugendlichen Angestellten, für unbedingt notwendig.

Der KJVD begrüßt deshalb, daß die Konferenz ihre Aufmerksamkeit der Frage der Organisierung der Angestelltenjugend widmet, spricht aber sein Befremden darüber aus, daß der Lage der erwerbslosen Jugend laut vorliegender Tagesordnung nicht Beachtung geschenkt wird. Gerade infolge der Massenarbeitslosigkeit der älteren Angestellten ist es dringende gewerkschaftliche Pflicht des Verbandes, die jugendlichen Angestellten über ihre Rolle als Lohndrücker aufzuklären. Die Konferenz des KJV Ostsachsen hält es infolge der schlechten Bezahlung der jugendlichen Arbeiterschaft, insbesondere der jugendlichen Angestellten, für notwendig, daß der Frage der Lohn- und Gehaltserhöhung größte Aufmerksamkeit geschenkt wird. Der Ueberstundenschinderei der Lehrlinge und der Lehrlingszüchterei der Unternehmer ist mit allen gewerkschaftlichen Machtmitteln Einhalt zu gebieten. Die Unternehmer versuchen, zwischen erwachsener und junger Angestelltenschaft einen Keil zu drängen, um so besser ihre Profitgier sättigen zu können. Aus diesem Grunde ist die Einheit der jungen und erwachsenen Angestellten das Gebot der Stunde. Größere Aufmerksamkeit als bisher müssen die gewerkschaftlichen Jugendorganisationen dem Kampf gegen die Arbeitsdienstpflichtbestrebungen der Unternehmer widmen.

In diesem Sinne erwartet die Bezirkskonferenz des KJV Ostsachsen von den Delegierten der 3. Reichsjugendkonferenz die Lösung ihrer Aufgaben, um zum gemeinsamen Kampf aller Arbeiter und Angestellten aller erwachsenen und jungen Proletarier, gegen die verschärften Angriffe der Unternehmer auf die Existenzbedingungen des Proletariats gerüstet zu sein.

Das Präsidium der Bezirkskonferenz des KJV,
Bezirk Ostsachsen,
i. A.: Paul Richter, Alfred Jacob.

Aus dem Plauenschen Grunde

Die Reichen laß man laufen, die Armen sperrt man ein

(Arbeiterkorrespondenz)

Dippoldiswalde. Die Weißeritz-Zeitung schreibt in der Nr. vom 9. Februar folgendes: Großes Aufsehen erregt hier der Vorfall, daß die Gattin eines hiesigen angesehenen gutsituierten Bürgers, anscheinend in geistig unklarem Zustande, in verschiedenen Ladengeschäften Geld aus der Ladenkasse entnahm, während der Geschäftsinhaber oder sein Personal den Rücken gewendet hatten."

Auch das Dippoldiswalder Tageblatt bequemt sich endlich (anscheinend auf Drängen anderer Personen), im Sonntagsrückblick den Schleier ein klein wenig zu lüften. Natürlich werden diese Sorte Menschen, wie immer üblich, nur mit Glacéehandschuhen angefaßt, und es wird darum herumgegangen wie die Katze um den heißen Brei.

Wir aber erachten es als unsere Pflicht, der breiten Oeffentlichkeit die Wahrheit zu sagen, daß die Gattin eines hiesigen gutsituierten und angesehenen Bürgers dabei ertappt wurde, als sie ihre Hand in eine sie nichts angehende Ladenkasse steckte. Sie wurde festgestellt: als Frau Tierarzt Dr. Wagner. Wäre es ein armer ausgehungerter Prolet gewesen, so hätte man nach der Polizei gerufen und ihn ins Kittchen gesperrt. Diese Person aber läßt man ungeniert auf freiem Fuße, anstatt die Sache der Staatsanwaltschaft zu übergeben. (Das ist jetzt erst geschehen!) Diese Frau Tierarzt Dr. Wagner mit unklarem Zustande amtierte auch als Kassiererin des hiesigen Königin-Luisen-Bundes. Arbeiter von Dippoldiswalde, das ist die Wahrheit. Werft die bürgerlichen Blätter aus eurem Hause, die zwar bessere Informationen hatten wie wir, die aber nicht daran denken, sie zur Aufklärung zu benutzen, sondern um euch die Wahrheit zu verbergen. Zieht daraus eure Konsequenzen!

•

Freiberg „bebt" ... warum?

(Arbeiterkorrespondenz)

In Freiberg geht es jetzt drunter und drüber, weil sich jetzt die Herrschaften der Reaktion in den Haaren liegen. Obwohl Freiberg eine Stadt mit mindestens 90 Prozent hungernder Proletarier und hungernder Mittelständler aufweist, ist das Freiberger Stadtverordnetenkollegium noch 4/5 reaktionärer zusammengesetzt als das alte. Diese Tatsache nun drückte sich schon bei der Präsidiumswahl dadurch aus, daß die SPD. als stärkste Fraktion, es nicht wagte, von dem ihnen nach **demokratisch-parlamentarischem Recht** zustehenden Vorschlagsrecht zum Stadtverordnetenvorsteher Gebrauch zu machen. Ohne Versuch eines Kampfes hierfür begnügten sie sich von vornherein mit dem Vorschlag zum 1. Vizevorsteher, der ihnen dann auch von Gnaden der Wirtschaftler überlassen wurde. Obschon nun diese demütige Haltung bei der ganzen Bevölkerung (mit Ausnahme von zehn SPD-Strategen des Stadtparlaments) nur Verwunderung auslösen konnte, genügt dies den „echten" Monarchisten Freibergs (um die Herren Ranft, Beyer) keinesfalls. Sie verlangten und verlangen ganze Arbeit, und weil ihnen dieses nicht gelang, gingen sie zu außerparlamentarischer Arbeit über. Sie mobilisierten die Schützengilde zum Kampf gegen jene, die so kurzsichtig waren, an Stelle des von Ranft u. Gen. für die Sozialdemokraten bereitgehaltenen Fußtritts, diesen durch ihre Stimme zum 1. Vizevorsteher zu verhelfen. Ranft stieg in höchsteigener Person von seinem höheren Stand als Dr. jur. herab und arrangierte als Schützenbruder Pogromstimmung gegen die abtrünnigen „Schützenmeister", was ihm in der letzten Stadtverordnetensitzung einen Ausschluß auf drei Monate einbrachte, weil er „vertraulich zu behandelnde Vorgänge" der Oeffentlichkeit unterbreitet hatte. Darob nun Kanonendonner seitens der alleinseligmachenden Monarchisten Freibergs. Auf Dr. Ranft (den armen, unschuldig Vergewaltigten) hagelt es Zustimmungserklärungen u. Beileidsbezeugungen, so daß dieser „wegen der übergroßen Fülle derselben" sich gezwungen sieht, in großem Zeitungsinserat darauf zu erwidern und in dem von ihm redigierten „Willen zum Sieg", sowie durch Gerichtsentscheidungen weiteren „Kampf" ansagend. Wir müssen gestehen, daß dieser „Kampf der Freunde" interessant ist. Fest steht jedoch dabei eins: im Kampf gegen die Arbeiterschaft stehen die sich scheinbar Befehdenden nach wie vor zusammen, und in den weitaus meisten Fällen sind die, wegen denen der Scheinkampf tobt, doch ihre getreuesten Spießgesellen. Das ist durch die Praxis der Vergangenheit tausendfach bewiesen und wird auch die Zukunft immer wieder bestätigen. Wie heißt's im Sprichwort? „Pack schlägt sich und Pack verträgt sich." So war's und wird's bleiben im Freiberger Rathaus.

L.

Gewerkschaftliches

Oppositionelle Holzarbeiter Dresden. Montag, den 21. Februar, abends 7.30 Uhr, Sitzung im Restaurant Jakobsschänke, Jakobsgasse.

Selbmann's Haferkakao Pfund 60 Pf. Grenadierstraße und Filialen

DER SPITZEL

Von Maxim Gorki

(23. Fortsetzung.)

Mehr als alles andere erregten das Interesse der Beamten, die Agenten der politischen Polizei, Leute mit undefinierbaren Physiognomien, schweigsam und barsch. Von ihnen sprach man mit derbem Witze, welche Unsummen sie verdienten; erzählte sich mit dem Ausdruck der Furcht, daß ihnen alles bekannt und offenkundig sei. Ihre Macht über das Leben der Menschen galt als unbegrenzt; sie könnten, hieß es, jedes Menschen Geschick so lenken, daß er, wohin er sich auch wendet, unbedingt ins Gefängnis kommt.

Mit Aufmerksamkeit suchte Klimkow alles zu erfassen, was vor seinen Augen vorging. Unbemerkt häuften sich in seiner Seele Erfahrungen an; sein schwacher Verstand vermochte sie allerdings nicht zu einem harmonischen Ganzen zu ordnen, brachte jedoch immerhin, dem Gesetz der Schwere gehorchend, einen gewissen Sinn hinein und rief einen unbewußten Drang nach neuen Beobachtungen hervor. Er schärfte seine Neugier und gab ihm überwertete Schlüsse ein, die bisweilen ihn selbst durch ihre Kühnheit erschreckten. Ringsum hatte keiner Wohlwollen oder Mitleid für den andern, und auch Jewsjej hatte für die Leute keine wärmere Empfindung. Es schien ihm, daß sie alle sich verstellten, selbst wenn sie unter den Schlägen weinten oder stöhnten. In den Augen jedes einzelnen sah er etwas Verstecktes, Mißtrauisches, und öfters fing sein Ohr eine leise gemurmelte Drohung auf:

„Warte nur — auch in unserer Straße wird mal Feiertag sein!"

Wenn er des Abends daheim im großen Zimmer saß, fast immer allein, und sich der Eindrücke des Tages erinnerte, schien ihm alles überflüssig und unecht, alles war so unklar und behinderte, verwirrte und reizte die Menschen nur. Alle schienen zu wissen, daß man still, ohne Bosheit leben müsse, aber keiner wollte dem andern dieses geheime Wissen von einem anderen Leben verraten; alle trauten sie einander nicht und stifteten sich gegenseitig zu Lügen an. Klar und deutlich sah man die allgemeine Aufregung über die Ordnung des Lebens, alle klagten laut über sie, jeder sah im andern nur den gefährlichen Feind, und in jedem lebte diese Unzufriedenheit mit dem Leben im Streit mit dem Mißtrauen gegen die Menschen und spaltete die Seele.

Klimkow fühlte immer deutlicher die Disharmonie und den Druck der Umgebung, in der er lebte. Bisweilen bemächtigte sich seiner eine qualvolle, ermüdende Langeweile. Seine Finger wurden welk, er legte die Feder zur Seite und den Kopf auf den Tisch, starrte lange in das Halbdunkel des verräucherten Zimmers und tastete vorsichtig in der Tiefe seiner Seele nach etwas, das ihm Halt gäbe.

Da schrie ihn sein Vorgesetzter, ein langnasiger Alter mit grauem Schnurrbart und glattrasierten Backen, laut an:

„He Klimkow! Bist du eingeschlafen?"

Jewsjej ergriff die Feder, seufzte auf und dachte bei sich:

„Es wird vergehen . . . ."

Zu Hause war es noch langweiliger und trostloser als in der Kanzlei der Polizeiverwaltung.

In dem großen Zimmer hustete und spuckte Dorimedont, seine grobe, tiefe Stimme klang jetzt noch selbstbewußter als früher. Beim Mittagessen und Abendbrot schmatzte er laut, beleckte sich die Lippen, wobei er die große, dicke Zunge weit herausstreckte, und grunzte, während er die Speisen vor sich gierig betrachtete, vor Vergnügen, bevor er sie noch zu essen begann. Seine roten, finnigen Backen glänzten, und die grauen Aeuglein liefen gleich zwei kalten Käfern hurtig über Jewsjejs Gesicht und verursachten ihm ein unangenehmes Kitzeln.

„Ich kenne die Last des Lebens" sagte er. „Ich weiß, was den Menschen ein Pfund Gutes oder ein Pfund Böses kostet, a—ja! Zu dir ist das Glück mit einem Male gekommen . . . Ich habe dich auf deinen Platz gestellt und werde dich immer vorwärts schieben, bis zu der dir erreichbaren Höhe . . Natürlich nur dann, wenn du kein Dummkopf bist . . ."

Während er so sprach, schaukelte er seinen plumpen Körper, und der Stuhl unter ihm knarrte und ächzte kläglich. Und Jewsjej fühlte, während er auf seine Worte hörte, daß dieser Mensch ihn wohl dazu bringen könnte, jede beliebige Schandtat zu begehen.

Mitunter erzählte der Spitzel selbstzufrieden und prahlerisch:

„Heute hat mir Filipp Filippowitsch, der Vorsteher, wieder seinen Dank ausgedrückt. Sogar die Hand hat er mir gereicht."

Einmal berichtete er beim Abendessen, während er sich nach seiner Gewohnheit am Ohr zupfte:

„Vor, äh . . . zwei Monaten sitze ich in einem Restaurant am Bahnhof und sehe, wie ein Mann ein Kotelett ißt, sich dabei immer umschaut und auf die Uhr sieht. Du mußt nun wissen, Jewsjej — ein ehrlicher, friedlicher Mensch schaut nicht nach allen Seiten, die Menschen interessieren ihn nicht und er weiß auch immer, wie spät es ist. Nur Geheimagenten und Verbrecher beobachten die Menschen. Ich bemerkte jenen Herrn natürlich sofort. Der Vorortzug kommt eben an, noch ein Herrchen erscheint im Restaurant, brünett, mit einem Bärtchen, offenbar jüdischer Abstammung, und im Knopfloch hat er zwei Blumen, eine rote und eine weiße. Ein verabredetes Zeichen! Ich sehe: sie begrüßen sich durch ein Augenblinzeln. Aha! denk ich. Der Schwarze bestellte sich etwas zu essen, trank eine Flasche Selterswasser und ging fort, und der andere folgte ihm langsam. Ich natürlich hinter ihnen her . . ."

Er blies die Backen auf, und sein nach Fleisch und Bier duftender Atem traf gerade Jewsjejs Gesicht. Dieser schwankte auf seinem Stuhl, der Spitzel aber lachte, rülpste laut und fuhr, den dicken Finger erhebend, fort:

„Einen Monat und dreiundzwanzig Tage bin ich hinter ihnen her gewesen — ja! Schließlich mache ich meine Anzeige: ich habe die Spur verdächtiger Leute entdeckt. Wir fuhren hin. „Wer seid ihr?" Der Dunkelblonde, der das Kotelett gegessen hatte, sagte: „Das geht Sie nichts an." Der Jude nannte seinen richtigen Namen, und die Nachforschungen ergaben, daß es ein Mensch war, den wir schon lange suchten. Mit ihm nahmen wir noch eine seiner Bekannten fest — schon zum dritten Male geriet sie uns in die Finger. Wir fuhren nun dahin und dorthin, und suchten sie uns alle zusammen, wie die Pilze im Walde. Alles Leutchen, die wir schon längst kannten. Ich war damals über den Blonden erbittert, doch plötzlich nannte er gestern seinen richtigen Namen: es stellte sich heraus, daß er ein sehr gewichtiger Herr war, aus Sibirien war er entflohen . . . n—ja . . . Zu Neujahr bekomme ich jedenfalls eine Belohnung . . . ."

Raissa schaute, während sie zuhörte, über den Kopf des Spitzels hinweg und kaute langsam eine Brotrinde, von der sie kleine Stückchen abbiß.

„Ihr fangt sie, fangt sie — und sie werden doch nicht alle!" sagte sie träg.

Der Spitzel lächelte und meinte wichtig:

„Du verstehst nichts von Politik, darum sprichst du Unsinn, meine Liebe. Wir wollen ja gar nicht, daß diese Leute für immer ausgerottet werden — sie sind für uns die Funken, die uns zeigen, wo eigentlich das Feuer am Ausbrechen ist. Das sagt Filipp Filippowitsch, der selbst ein ehemaliger Politischer ist. Das ist ein sehr feines Spiel!"

Jewsjejs Blick eilte gelangweilt durch das enge Zimmer, dessen Wände mit gelben Tapeten beklebt waren. Ueberall hingen Porträts vom Zaren, von Generalen und nackten Frauen. Diese buntfarbigen, wie gedunsen vorspringenden Flecke stachen grell in die Augen und erinnerten an die Wunden und Geschwüre am Körper eines Kranken.

(Fortsetzung folgt.)

Prinzeß Theater Lichtspiele

Ab Freitag, den 18. Februar!

Xenia Desni und Harry Liedtke in

NIXCHEN

Ein Film von Leichtsinn, Lebenslust und Leid nach dem gleichnamigen Roman von Hans von Kahlenberg

Die weitere hervorragende Besetzung:

Olga Limburg / Adele Sandrock / Hans Albers / Ernst Rückert / Heinrich Peer

Beginn der Vorstellungen: Täglich 4, 1/4 7 u. 9 1/4 9 Uhr

Prinzeß Theater Lichtspiele

Theater am Wasaplatz

Bis Montag, den 21. Febr., täglich 8 Uhr abends Erstaufführung für Dresden!

Einbruch

Krim.-Groteske in 8 Akten v. Roberts u. Landsberger

Max Direktor, der Zuschauerbeim. Adolph Roeder, Elfriede Glaus, Robert

Sonntag nachmittags 4 Uhr:

Schneewittchen und die 7 Zwerge

Märchen in 10 Bildern von Römer

Mandolinen-Unterricht

erteilt bis zur Vollendung KP-Mitglied

Otto Pötter, Dresden

Blasewitzer Str. 39, Gartenhaus, bei Klemm

Anmeldung schriftlich und mündlich

Dresdener Volksbühne E. V.

13. Sinfonie-Konzert

Nächsten Mittwoch, 23. Februar, 1/8 Uhr, Gewerbehaus

Leitung: Eduard Mörike — Orchester: Dresdner Philharmonie

Solistin: Lieselotte von Schuch, Staatsoper Dresden

1. Haydn, Sinfonie Nr. 31 D-Dur mit dem Hornsignal
2. Haydn, Schöpfungs-Arie: Nun beut die Flur
   Schubert, Der Hirt auf dem Felsen, Obligate Klarinette Ernst Lommelsach
3. Brückner, Sinfonie Es-Dur Nr. 4 (Romantische)

Die Mitglieder werden ersucht, die Pflichtkonzerte zu besuchen.

Freier Kartenverkauf für Nichtmitglieder nur bei F. Riese, Seestr. 21, sowie an der Abendkasse à M. 3.—.

Freier Kartenverkauf für nichtanwesende Mitglieder in der Geschäftsstelle Schloßstr. 34/36 11—3 Uhr und an der Abendkasse. Mitglieder, Studenten, Schüler höherer Lehranstalten, Jugendbünde und Reichswehrangehörige erhalten gegen Ausweis Galerie-Stehplätze à 75 Pf. an der Abendkasse.

Aufgerufene Mitglieder 6001 – 6500 und Anrecht A.

Möbl. Zimmer

mit elektrischem Licht und Bad

zu vermieten

Anfragen unter L. M. 100 an die Exp. d. Bl.

Günstige Einkaufsstelle

für Schnitt- und Wollwaren

Emma Dachselt

Lauga-Weixdorf, Privatstraße

Gasthof Groß-Luga

Jeden Sonntag

öffentlicher Ball

Beste Einkehrstätte für Vereine, Sportler und Arbeiter. Hochachtungsvoll

Paul Jenke und Frau

Deutsch. Arbeiter-Mandolinisten-Bund

Gruppe Pirna-Heidenau

Sonntag, den 20. Februar 1927

im Volkshaus, Pirna

Orchester-Konzert

Leitung: Heinrich Heyne

Am Flügel und Harmonium

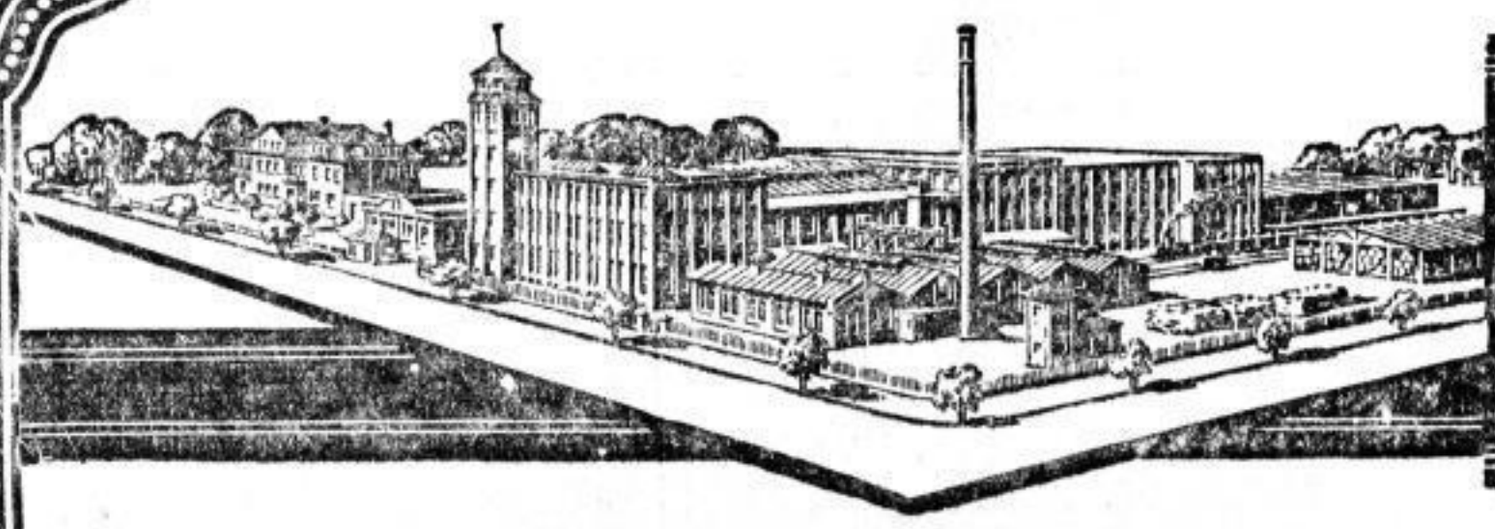
Lehrer M. Erhardt

Einlaß 7 Uhr — Anfang 8 Uhr

Eintritt 80 Pf. — Erwerbslose 40 Pf.

Bahnhofsrestaurant Rottwerndorf

Beste Einkehr für Arbeiter u. Sportler



GEG SEIFEN-FABRIK RIESA-GRÖBA

GEG-Seifen-Erzeugnisse

Seifen und Waschmittel

Elfenbeinseife	100	Gramm	15 Pf.
Haushaltkernseife	200	„	20 „
Kernseife, Blockform	200	„	24 „
Spezialkernseife	200	„	25 „
Spezialkernseife	250	„	30 „
Wachskernseife	250	„	32 „
„Spezialmarke“	250	„	40 „
Benzinseife	330	„	50 „
Sparkernseife	900	„	110 „
Seifenflocken		Paket	40 „
Seifenpulver, 80 %	250	Gramm	25 „
Seifenpulver, lose		Pfund	20 „
Sauerstoff-Waschmittel „Famos“ (Persil völlig ebenbürtig)		Paket ½ Pfund	45 „
Seifenpulver mit Schnitzeln,		Pfund	40 „
Gekernte Elainseife		„	56 „
Salmiakterpentinseife, weißgek.		„	60 „
Bleichsoda		„	15 „

Geschenk-Packungen

Feinste Blumenseife
Karton (3 Stück) ..... M. 1.50

Feinste Blumenduftseife „Edelmarke“
Karton (3 Stück) ..... M. 1.60

Feinste Toilettenseife
Karton (3 Stück) ..... M. 1.60

Hochfeine Blumenseife
Karton (3 Stück) ..... M. 1.50

Lavendelseife
Karton (3 Stück) ..... M. 2.25

Feinste Orangeblütenseife
Karton (3 Stück) ..... M. 2.40

Feinste Juchtenseife
Karton (3 Stück) ..... M. 2.35

Kölnisch Wasser
Karton 2 Stück Seife, 1 Flasche Parfüm .. M. 2.50

Veilchen
Karton 2 Stück Seife, 1 Flasche Parfüm .. M. 2.75

Maiglöckchen
Karton 2 Stück Seife, 1 Flasche Parfüm .. M. 3.25

Feinseifen

Blumenseife	Stück	25, 15	Pf.
Familienseife	Stück	20	„
Toilettenseife	„	20	„
Mandelseife	„	22	„
Fettseife	„	28	„
Ger. Kinder-Badeseife	„	28	„
Lanolinseife	„	30	„
Eibischwurzelseife	„	35	„
Buttermilchseife	„	35	„
Konkurrenzseife	„	35	„
Blütenseife	„	35	„
Heliotropseife	„	35	„
Lilienmilchseife	„	35	„
Germanenseife	„	35	„
Edelmarke	„	40	„
Badeseife	„	40	„
Glyzerinblumenseife	„	40	„
Feinste Waldkräuterseife	„	40	„
Spanische Fliederseife	„	70	„
Gallseife	„	15	„
Glyzerinseife	„	25	„
Sanitätsglyzerinseife	„	25	„
Teerseife	„	30	„

Konsumverein Vorwärts

Abgabe nur an Mitglieder – Mitglied kann jeder werden – Einschreibegebühr 50 Pf.